

3. Sitzung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 26. Juni 2019

Anwesend sind:

Bürgermeisterin:	Mag. (FH) Völkl Andrea	ÖVP
1. Vizebürgermeister:	Mag. Falb Martin	ÖVP
2. Vizebürgermeister:	Holzer Othmar	SPÖ
Stadträte ÖVP:	Dummer Gerhard, Ing. Mag. Hödl Herwig, Mag. Koll Felix (bis 21:05 Uhr), Dr. Moser Christian	
Stadträte SPÖ:	Frithum Gabriele, Scheele Heinz	
Stadtrat GRÜNE:	DI Pfeiler Dietmar	
Stadtrat FPÖ:	Pohl Herbert	
Gemeinderäte ÖVP:	Dkkfm. Bartosch Johannes, Gaida Siegfried, Handschuh Monika, Hetzendorfer Gregor, Ibraimi Setki, Mag. Kadoun Anton, Kopf Eleonore, Ludl Iris, Samer Peter, Weiss Margit, Zagler Matthias	
Gemeinderäte SPÖ:	Erkol Yasar, Gübler Gerda, Mujkanovic Samira, Osmanovic Admir, Pollak Daniel, Rosenberger Markus, Schuller Alexander	
Gemeinderäte GRÜNE:	Mag. Kamath-Petters Radha, OStR Mag. Klinger, Mag. Kubat Matthias, Mag. Ing. Straka Andreas	
Gemeinderäte FPÖ:	Ćorković Alen, Polacek Klaus	

Entschuldigt:

GR Mag. Trabauer Manuela (ÖVP),
GR Mag. Riedler Corinna (SPÖ)
StR Mag. Koll Felix (ÖVP) ab 21:05 Uhr

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Rathausplatz 2, Stockerau, Raika-Saal

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:15 Uhr

Tagesordnung:

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

II. Genehmigung des Protokolls vom 21.05.2019

III. Bericht des Prüfungsausschusses

IV. Anträge der Bürgermeisterin

- 1.) Aufnahme in die NÖ Stadterneuerung
- 2.) Verleihung des Sportehrenzeichens in Gold ohne Lorbeer an Mag. Krislaty Gerd (ASKÖ Ortsgruppe Stockerau)
- 3.) Verleihung eines Ehrenzeichens an Bartosch Wolfgang (WISTO)
- 4.) Verleihung eines Ehrenzeichens an Forster Philipp (Gewichtheben)

V. Anträge der Stadträte

a.) Ref. III - Finanzen

- 1.) Vergabe der Finanzierung für Containeranlage Volksschule
- 2.) Darlehensaufnahme – Wasserversorgungsanlage und Abwasserbeseitigungsanlage
- 3.) Darlehensaufnahme – Volksschule Wondrak
- 4.) Darlehensaufnahme – Abdeckung (Ausfinanzierung) diverser Investitionsvorhaben
- 5.) Rücklagenverwendung für Mülldeponie/Müllbeseitigung
- 6.) Auftrag zur Verwertung von Holzabfällen
- 7.) Nachtbus – Verlängerung
- 8.) Musikschule Stockerau – Neufestsetzung des Schulgeldes ab dem Schuljahr 2019/2020
- 9.) Ankauf von Sonnensegeln

b.) Ref. V – Soziales, Gesundheit, Bildung und Integration

- 1.) Kindererholungsaktion 2019

c.) Ref. VII – Umwelt, Au, Parkanlagen und Friedhof

- 1.) Reststoffdeponie Stockerau – Wartung und Wiederinbetriebnahme Gasfackel
- 2.) Reststoffdeponie Stockerau – Vergabe der Regenwasser-Kanalisation
- 3.) Reststoffdeponie Stockerau – Auftragsvergabe Pumpwerke maschinelle Ausrüstung

d.) Ref. VIII – Verkehr, Infrastruktur und Straßen

- 1.) Aufgrabungsrichtlinien 2019 der Stadtgemeinde Stockerau
- 2.) Straßenbauarbeiten Ausschreibung 2016/2020 – Vergabe von Leistungen für 2019
- 3.) Straßenbaulose mit dem Land NÖ - Grundsatzbeschluss

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ GO in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

I. Anträge der Stadträte

a.) Ref. III - Finanzen

- 1.) Basisförderung 2018 für Stockerauer Kulturvereine und sonstige Vereine und Organisationen
- 2.) Basisförderung 2018 für Stockerauer Sportvereine
- 3.) ~~Regelung offener Forderungen~~ abgesetzt
- 4.) Finanzielle Unterstützung einer Ausstellung

b.) Ref. IX – Verwaltung und Digitalisierung

- 1.) Personalangelegenheiten

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Völkl eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Vor Eingehen in die Tagesordnung möchte ich Ihnen bekannt geben, dass sechs Dringlichkeitsanträge vorliegen. Wir werden über diese Anträge, ob die Dringlichkeit zur Aufnahme auf der Tagesordnung gegeben ist, vorab abstimmen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten.

• Dringlichkeitsantrag von Stadtrat Hödl – Beauftragung Energieberater Mario Hölzl für die Umrüstung Straßenbeleuchtung auf LED

Stadtrat Hödl: Mit Herrn Mario Hölzl, selbständiger Energieberater im Auftrag der Energie- & Umweltagentur NÖ, soll ein Beratervertrag entsprechend den Richtlinien der Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft (RU3) des Amtes der NÖ Landesregierung abgeschlossen werden.

Begründung der Dringlichkeit:

In Stockerau sind rund 1.400 Lichtpunkte auf LED umgerüstet. Der größtmögliche Teil der verbleibenden rund 1.600 Lichtpunkte soll aus Gründen der Energieeffizienz und der damit verbundenen nachhaltigen Einsparungen zeitnah umgerüstet werden.

Für die Umrüstung gibt es eine Landesfinanzsonderaktion im Ausmaß von € 100,-- eine von der KPC abgewickelte Förderung von € 15,-- bzw. € 30,-- je Lichtpunkt je nach technischer Ausgestaltung sowie allenfalls noch eine Bedarfszuweisung des Landes NÖ die über die Energie- & Umweltagentur abgewickelt wird.

Die Dringlichkeit ist gegeben, da nur bei rascher Beauftragung die Förderungen voll lukriert werden können, da die Landesfinanzsonderaktion mit Ende des Jahres ausläuft.

Es wird der

Antrag

gestellt,

der Gemeinderat wolle die Dringlichkeit zuerkennen und den Antrag in der öffentlichen Sitzung unter Anträge des Stadtrates für Verkehr, Infrastruktur und Straßen behandeln.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

• **Dringlichkeitsantrag von Stadtrat Dummer – Vergleich Negativzinsen**

Stadtrat Dummer: In der letzten nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung wurde über einen Vergleich in Bezug auf Negativzinsen abgestimmt. Da die zugesagte Abschlagszahlung nur mündlich erfolgte und nun ein schriftlicher Vergleich aufliegt, soll nun auch dieser schriftliche Vergleich zu den im Vergleich angeführten Konditionen genehmigt werden.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit ist dadurch gegeben, weil der Vergleich noch bis 30.06.2019 zu unterfertigen ist.

Es wird der

Antrag

gestellt,

der Gemeinderat wolle die Dringlichkeit zuerkennen und den Antrag in der nicht öffentlichen Sitzung unter Anträge des Stadtrates für Finanzen behandeln.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

• **Dringlichkeitsantrag von Stadtrat Scheele – Recht auf sauberes Wasser in der Verfassung verankern**

Stadtrat Scheele: Der internationale Verein für Privatisierung macht auch vor der Wasserversorgung nicht Halt und vor rund zehn / vierzehn Tagen wurde im Nationalrat ein Privatisierungsverbot der Wasserversorgung beschlossen. Wir sind der Meinung, dass es auch ein wichtiges und richtiges Signal der Stadtgemeinde Stockerau wäre, diesem Antrag auch zuzustimmen.

Es wird der

Antrag

gestellt,

der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau soll die Bundesregierung auffordern, folgende Absicherung der Wasserversorgung im Verfassungsrang zu regeln.

"Bund, Länder und Gemeinden haben dafür Sorge zu tragen, dass öffentliches Eigentum an der Wasserversorgung erhalten bleibt".

Beschluss: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	3
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	1 (Osmanovic)
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	9
	GRÜNE	5
	FPÖ	0

- **Dringlichkeitsantrag von 2. Vizebürgermeister Holzer – Neuer Stadtsaal und Büroerweiterung Rathaus Stockerau**

2. Vizebürgermeister Holzer:

Begründung: Seit Monaten wird der wunderschöne historische Sitzungssaal im Stockerauer Rathaus von den politischen Parteien als nicht zeitgemäß bezeichnet und seit der letzten Gemeinderatswahl finden die Gemeinderatssitzungen im Raika-Saal statt. Jetzt gibt es die letzte Möglichkeit, einen modernen neuen Sitzungssaal mit direktem Zugang aus dem Rathaus zu beschaffen. Im zuständigen Ausschuss I für Bauwesen und Stadtentwicklung wurde am 29. Mai von der Müllner Immo und Partner - Rathausplatz GmbH, vertreten durch Herrn Baumeister Christian Müllner, Herrn Raimund Hedl sowie dem Architekten Herrn DI Hannes Tonn und Herrn Arch. Mag. Werner Fürtner das Projekt vorgestellt. Es soll ein Sitzungssaal für 41 Gemeinderäte und ca. 80 Zuseher mit den notwendigen Nebenräumen sowie darüber liegenden Büroräumlichkeiten geschaffen werden. Diese zeitgemäßen, modernen Räumlichkeiten bieten auch eine Repräsentationsmöglichkeit für die größte und weiter wachsende Stadt des Weinviertels. Weitere Nutzungen, wie Vereinsveranstaltungen, Vernissagen, Pressegespräche, Agapen für Hochzeiten, Ausstellungen und ähnliches würden das Rathaus für die Bevölkerung öffnen und es könnte dadurch die Bürgerbeteiligung einen modernen, offenen Aspekt erhalten. Ebenso würde für Mitarbeiter der Stadtgemeinde Stockerau durch die neugeschaffenen Büroräumlichkeiten ein zeitgemäßes und effizientes Arbeiten ermöglicht werden. Die Müllner Immo und Partner - Rathausplatz GmbH hat sich bereit erklärt, ihr bereits eingereichtes Projekt zu stoppen. Für Müllner Immo und Partner - Rathausplatz GmbH wird die Flächen nach den Bedürfnissen der Stadtgemeinde neu planen und einreichen. Die Fertigstellung des Projekts wäre für die zweite Hälfte 2021 geplant und ab diesem Zeitpunkt würde die Miete von ca. € 11,- pro Quadratmeter exklusive USt und Betriebskosten anfallen. In den Budgetjahren 2020 und 2021 müsste die Stadtgemeinde Stockerau die Adaptierungsarbeiten im Rathaus beauftragen. Laut dem Architekturbüro NO Architects ist mit einer Investition von rund € 250.000,- netto zu rechnen.

Es wird der

Antrag

gestellt,

der Gemeinderat der Stadt Stockerau möge mit der Müllner Immo und Partner - Rathausplatz GmbH eine Mietvereinbarung betreffend eines Sitzungssaales und Büroräumlichkeiten in der Nachbarliegenschaft abschließen. Es steht eine Gesamtfläche von 332,36 m² mit einer Nettomiete von € 11,- pro Quadratmeter ergibt € 3.656,- pro Monat exklusive Betriebskosten laut beiliegendem Mietangebot vom 24.06.2019 zur Verfügung. Weiters soll das Architekturbüro NO Architects Fürtner und Tonn mit der Planung und Ausschreibung sowie der Bauaufsicht eines behindertengerechten Zugangs samt Nebenräume über das Rathaus laut beiliegendem Angebot vom 18.06.2019 beauftragt werden.

Die Dringlichkeit ist insofern gegeben, da der zuständige Ausschuss am 29.05.2019 einstimmig die Zusage betreffend eines Beschlusses im Juni-Gemeinderat gegeben hat. Um der Müllner Immo und Partner - Rathausplatz GmbH Rechtsicherheit und Planungssicherheit zu geben, ersuchen wir um Anerkennung der Dringlichkeit.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	5
	FPÖ	3
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

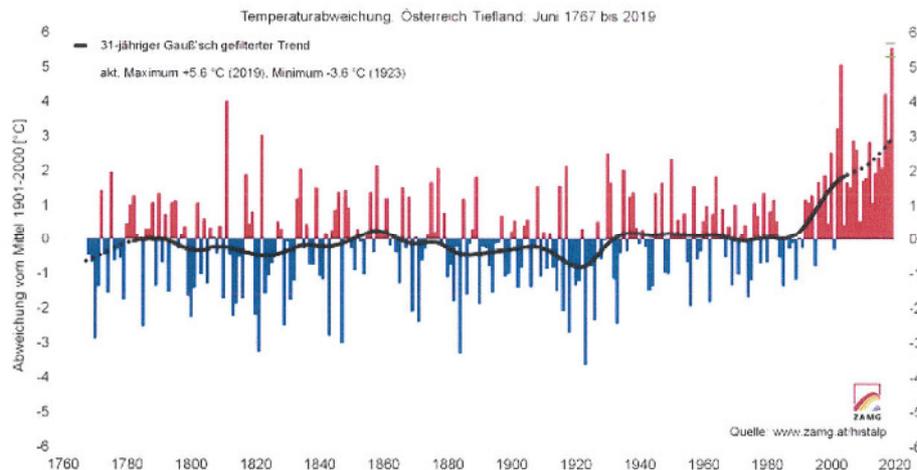
• **Dringlichkeitsantrag von Stadtrat Pfeiler – Klimanotstand**

Stadtrat Pfeiler:

Begründung: Wie der jüngste Bericht des Weltklimarates IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change sowie die Auswertungen klimatologischer Langzeitdaten zeigen, erfordert die aktuelle Situation schnelles und entschlossenes Handeln auch auf lokaler Ebene, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.

Der Sachverhalt stellt sich wie folgt dar: Die Folgen des Klimawandels sind unübersehbar und diese sind dramatisch. Laut Presseaussendung der Zentralanstalt für Metrologie und Geodynamik wurden bereits am 21. Juni 2019 der Juni dieses Jahres zum wärmsten Juni seit Messbeginn der Zentralanstalt im Jahr 1767 erklärt. Derartige Temperaturrekorde sind aber nicht neu, sie begleiten uns schon seit einigen Jahren unaufhörlich. Aber der heurige Juni ist kein Sonderfall. Unter den zehn wärmsten Juni-Monaten der Messgeschichte liegen acht aus den 2000er-Jahren.

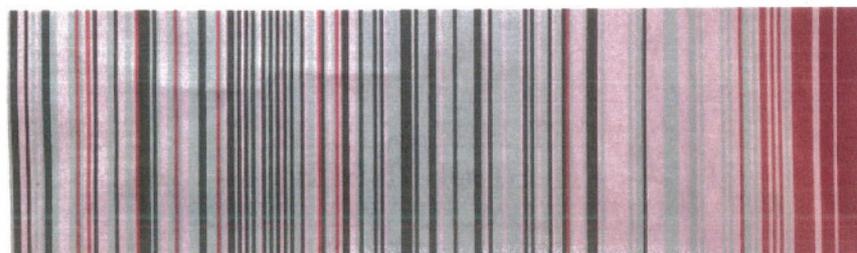
Ich habe dem Dringlichkeitsantrag ausnahmsweise auch eine Grafik beigefügt, damit hier sozusagen das Bild auch ein Wort dazu sprechen kann.



Auch der Kurier am 19. Mai dieses Jahres zeigte eine einfache aber aussagekräftige Grafik, basierend auf den sogenannten Warming Stripes des Climate Lab Book, die Jahresmitteltemperatur in Wien seit 1775. Was beim ersten Hinschauen auf dieses Streifenbild wie ein Strichcode beim Einkaufen wirkt, ist die farbliche Codierung unseres Klimas seit 1775. Gab es früher häufig Jahre mit Durchschnittstemperaturen von unter 8,5 °C, so liegt in den letzten Jahren die Durchschnittstemperatur meist schon bei über 10,5 °C, bezogen auf die Messungen in Wien.

Niederösterreich

Sonntag | 19. Mai 2019 | www.kurier.at/chromk
KURIER



JAHRESMITTELTEMPERATUR IN WIEN VON 1775 BIS 2018

■	<8,5	■	8,5-9,5	■	9,5-10,5	■	>10,5
---	------	---	---------	---	----------	---	-------

Grafik: Ortega | Quelle: HV

Die unmittelbaren Folgen der extremen Hitze auf uns Menschen sind gesundheitliche Probleme und verminderte Leistungsfähigkeit. Die Folgen sind aber auch in unserer Stadt unübersehbar. Viele Bäume halten der extremen Hitze und Trockenheit nicht mehr stand, binnen weniger Wochen verlieren immer mehr Stadtbäume Laub bzw. Nadeln. Der Verlust von Stadtbäumen wiederum hat fatale Folgen für das städtische Kleinklima, kleinräumig steigende Temperaturen und Trockenheit. Wir müssen aktiv werden und im eigenen Wirkungsbereich Stockerau klimafit machen, d.h. die CO₂-Emissionen so schnell wie möglich zu reduzieren.

Es wird der

Antrag

gestellt,

der Gemeinderat beschließt:

- 1.) Der Gemeinderat ruft analog zu Ländern und anderen Städten wie Basel, Konstanz oder zuletzt Traiskirchen auch in der Stadtgemeinde Stockerau den Klimanotstand aus. Der Begriff Klimanotstand ist symbolisch zu verstehen und soll keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.
- 2.) Künftig wird bei allen Beschlüssen und Entscheidungen des Gemeinderates deren Klimarelevanz berücksichtigt und ausdrücklich angeführt.
- 3.) Die Bebauungsvorschriften werden überarbeitet. Da finden die klimarelevanten Aspekte besondere Berücksichtigung: Energiehaushalt, Bodenversiegelung, Fassaden- und Dachflächengestaltung, Erhaltung von Grünflächen und Baumbeständen, Anbindung an den öffentlichen Verkehr und so weiter.
- 4.) In den Bereichen Verkehr und Mobilität sollen Maßnahmen zur Förderung des nicht-motorisierten Individualverkehrs und des Öffentlichen Verkehrs besondere Priorität erhalten, innerstädtisch und auch im regionalen Kontext.
- 5.) Die Bemühungen zur Reduktion des Energieverbrauches im Bereich öffentlicher Gebäude, beispielhaft sei hier das e5-Programm für energieeffiziente Gemeinden angeführt, werden intensiviert.
- 6.) Im öffentlichen Raum werden Baumfällungen nur in begründeten Schadensfällen durchgeführt. Diese Vorgehensweise soll durch Bewusstseinsbildung und durch vermehrte Ausweisung von Baufluchtlinien auch auf private Flächen ausgedehnt werden.
- 7.) Mit einer ab Herbst 2019 zu beginnenden Bepflanzungsoffensive unter Einbeziehung der Bevölkerung, z.B. durch Baumpartnerschaften, soll dem Baumsterben aktiv gegengesteuert werden.

Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens, d.h. die globale Erwärmung auf unter 1,5 °C im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen, auf lokaler und regionaler Ebene bestmöglich zu unterstützen.

Ich bitte um Zuerkennung der Dringlichkeit.

Beschluss:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	3

Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Prostimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	0

• **Dringlichkeitsantrag von Stadtrat Pfeiler – Bausperre im Stadtzentrum**

Stadtrat Pfeiler: Dieser Dringlichkeitsantrag schließt automatisch hier an den Dringlichkeitsantrag betreffend des Klimanotstandes an und betrifft eine Bausperre im Stadtzentrum.

Begründung: Der Immobilienboom im gesamten Wiener Umland hat in den letzten Jahren auch Stockerau erfasst. Im Sinne einer geordneten und harmonischen Siedlungsentwicklung zum Schutz des Ortsbildes und charakteristischer Ensembles in unserer Stadt und zum Schutz von Grünflächen und Baumbestand ist unmittelbarer und dringender Handlungsbedarf gegeben. Der derzeitige Bebauungsplan im Stadtzentrum wird den Herausforderungen dieses Baubooms insbesondere vor allem im Hintergrund der geänderten klimatologischen Bedingungen nicht gerecht.

Sachverhalt: In den letzten Jahren hat der Immobilienboom auch unsere Heimatstadt erreicht. Die Folgen sind bereits vielerorts sichtbar. Maximale Ausnutzung der Bebauungsmöglichkeiten, Verlust der für das Kleinklima wichtigen Grünflächen in Hinterhöfen, extrem hoher Stellplatzbedarf und die damit verbundene Bodenversiegelung und die großvolumigen Baukörper zeigen oftmals mangelhafte Verträglichkeit und Sensibilität für unser kleinstädtische Ortsbild. Eines ist auch sichtbar, unser Bebauungsplan und unsere Infrastruktur sind für diesen Immobilienboom nicht vorbereitet. Im Stadtzentrum gelten Bebauungsdichten von bis zu 80%, die erlaubten Bebauungshöhen übersteigen z.B. am Rathausplatz jene des Rathauses selbst und der Verlust von Grünflächen und Baumbestand im Stadtzentrum ist erkennbar. Und weiters: die soziale Infrastruktur, Stichwort Kindergärten und Schulplätze, hinkt schon jetzt hinter der Wohnbautätigkeit in unserer Stadt nach

Wir sind hier in Stockerau mit diesen Entwicklungen nicht alleine. Im gesamten Wiener Umland kämpfen viele Gemeinden mit ähnlichen Herausforderungen. Vollerorts wurden in jüngerer Zeit bereits vorübergehende Bausperren erlassen. Tulln und auch andere Gemeinden in der Region sind

diesen Weg gegangen. Auch wir in Stockerau haben bereits wiederholt zu dieser Maßnahme gegriffen. Das Instrument der Bausperre ist also mittlerweile etablierte und häufig angewendete Maßnahme, um eine stadtverträgliche Bautätigkeit und Grünflächen zu sichern.

Es wird der

Antrag

gestellt,

der Gemeinderat beschließt:

- 1.) Erlassung einer vorübergehenden und zeitlich befristeten Bausperre gemäß § 35 des NÖ Raumordnungsgesetzes für einen Zentrumsbereich innerhalb der Baublöcke, die von der Linie Donaustraße, Neubau, Grafendorferstraße, Stöbergasse, Mannhartstraße, Pampichlerstraße, Landstraße, Wolfikstraße bis zur Donaustraße umgrenzt sind.
- 2.) Die Abhaltung eines Ausschusses I - Bauwesen und Stadtentwicklung zur Beratung neuer Bebauungsbestimmungen für das unter 1.) genannte Gebiet.
- 3.) Die Bausperre soll nach Erlangen der Rechtskraft der neuen Bebauungsvorschriften wieder unverzüglich aufgehoben werden. Investitionen sollen nicht behindert werden, sondern sollen in geordnete, stadtverträgliche Bahnen gelenkt werden.

Ich bitte Zuerkennung der Dringlichkeit.

Beschluss:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	0
	FPÖ	3
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	5
	FPÖ	0

Bürgermeisterin Völkl: Absetzung des Tagesordnungspunktes aus der nicht öffentlichen Sitzung. „Regelung offener Forderungen“ - dieser Tagesordnungspunkt wird von der Tagesordnung genommen.

II. Genehmigung des Protokolls vom 21.05.2019

Bürgermeisterin Völkl: Das Protokoll soll unverlesen genehmigt werden. Es gab keine Einwände.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

III. Bericht des Prüfungsausschusses

Gemeinderat Kubat: Bericht über die am 14. Juni 2019 in der Stadtgemeinde Stockerau angesagte Gebarungsprüfung durch den Prüfungsausschuss.

Biomüll

a. Müllbeseitigung – Abfuhrplan

Der Biomüll wird in den Monaten Oktober bis Mai alle zwei Wochen abgeholt. Im Zeitraum Juni bis September wird der Biomüll wöchentlich abgeholt.

Eine Erweiterung der wöchentlichen Abholung kostet der Gemeinde, ca. EUR 7.500 pro Woche.

Es werden zwei Sorten von biogenen Stoffen unterschieden.

Zum einen biogene Abfälle, das ist der Biomüll der privaten Haushalte und Betriebe, zum anderen Grünschnitt, der in den öffentlichen Grüncontainern gesammelt wird. In Summe werden ca. 4.000 Tonnen (Vergleichsjahr 2017) im Jahr an biogenen Stoffen gesammelt.

Der biogene Abfall wird direkt von der Stadtgemeinde Stockerau zur Kompostieranlage des Landwirten Anzböck in Seitzersdorf/Wolfpassing geführt.

Der Grünschnitt wird von der Stadtgemeinde zuerst auf den Fuchsenbühel gebracht und dort zwischengelagert. Von dort wird er mittels Großcontainer zum Landwirten Anzböck transportiert.

Anhang zur Müllbeseitigung wie Abfuhrplan und Statistik der öffentlichen Grüncontainer liegen dem Bericht bei.

b. Stockerauer Saubermacher GmbH

Die Firma Stockerauer Saubermacher GmbH wurde auf Grundlage eines GR-Beschlusses im Jahr 2013 gegründet. Die Gesellschafter dieser Unternehmung sind zu 51% die Saubermacher AG und zu 49% die Stadtgemeinde Stockerau. Unternehmensgegenstand dieser Unternehmung ist die Verwertung von biogenen Stoffen und der Betrieb einer Kompostieranlage. Aufgrund von Änderung der Marktgegebenheiten ist der Bau und der Betrieb der Kompostieranlage nie umgesetzt worden.

c. Kosten, Verrechnung und Verträge

Die anfallenden Entsorgungskosten werden vom Landwirten Anzböck an die Stockerauer Saubermacher GmbH verrechnet. Die Fa. Stockerauer Saubermacher GmbH verrechnet diese an die Stadtgemeinde Stockerau weiter. Die Stadtgemeinde Stockerau kennt nicht die tatsächlichen Preise des Herrn Anzböck an die Stockerauer Saubermacher GmbH. Die Stockerauer Saubermacher GmbH verrechnet für die biogenen Abfälle € 53,37 pro Tonne und für den Grünschnitt € 21,56 pro Tonne an die Stadtgemeinde Stockerau weiter. Darüber hinaus trägt die Stadtgemeinde zur Gänze die Transportkosten zum Landwirten Anzböck, wobei die Stockerauer Saubermacher GmbH für die Verwertung der biogenen Abfälle ab Stockerau verantwortlich wäre.

Es konnte dem Prüfungsausschuss kein Vertrag zwischen Stadtgemeinde Stockerau und Stockerauer Saubermacher GmbH bis dato vorgelegt werden.

Darüber hinaus hat der Prüfungsausschuss Herrn Ing. Els gebeten, Anfragen an verschiedene Kompostieranlagen, unter anderem an Herrn Anzböck, zu stellen, um die direkten Entsorgungskosten zu erheben.

d. Weitere Schritte

Der Prüfungsausschuss wird sich in seiner nächsten Sitzung, voraussichtlich am 13. September 2019, mit den biogenen Abfällen befassen.

Hr. Ing. Els wird dem Prüfungsausschuss über die Preisauskünfte von den verschiedenen Kompostieranlagen berichten.

Hr. Zimmermann wird voraussichtlich einen Vertrag zwischen Stadtgemeinde Stockerau und Stockerauer Saubermacher GmbH dem Prüfungsausschuss vorlegen. Danach wird der Prüfungsausschuss auf Grundlage dieser Tatsachen eine Empfehlung aussprechen.

Liste von Schuldnern und Gläubigern

Der Prüfungsausschuss wird sich jedes halbe Jahr mit den Listen der Forderungen und Verbindlichkeiten ab einer Höhe von € 5.000,00 und ein Monat überfällig widmen.

a. Vorgehensweise

Das Mahnwesen der Stadtgemeinde Stockerau stellt sich wie folgt dar:

Bei Fälligkeit von öffentlichen Abgaben (z.B. Grundsteuer, Kanal...) wird zwei Mal gemahnt und ein Säumniszuschlag sowie eine Mahngebühr lt. BAO verrechnet. Danach folgt eine gerichtliche Eintreibung.

Bei Fälligkeit von privatrechtlichen Forderungen (z.B. Mietzinse) wird zwei Mal gemahnt, jedoch werden weder Verzugszinsen noch Mahnspesen verrechnet. Danach folgt eine gerichtliche Eintreibung.

b. Aufstellungen der Forderungen und Verbindlichkeiten

Die offenen Forderungen belaufen sich mit Stichtag 7. Mai 2019 in Summe auf ca. € 1,8 Mio. Dem stehen offene Verbindlichkeiten in Höhe von € 1,1 Mio. gegenüber. Dabei werden die von der Stadtgemeinde Stockerau zu bezahlenden Verzugszinsen und Mahnspesen nicht gesondert ausgewiesen.

Die genaue Aufstellung liegt dem Bericht bei, ist jedoch aus datenschutzrechtlichen Gründen vertraulich zu behandeln.

c. Empfehlung

Der Prüfungsausschuss empfiehlt aufgrund der Bilanzwahrheit und der Transparenz, dass die von der Stadtgemeinde bezahlten Verzugszinsen im Rechnungsabschluss auf einem eigenen Sachkonto ausgewiesen werden sollen.

Allfälliges

Der Prüfungsausschuss wird Mitte September, voraussichtlich am 13., wieder zusammentreffen. Bei dieser Sitzung werden die offenen Fragen bezüglich biogenen Abfällen beantwortet. Hierfür werden Hr. Ing. Els, Hr. Eder und Hr. Ing. Mag. Hauer zugezogen. Des Weiteren wird er sich der Thematik Umwidmung und Stadtentwicklung (Kosten-Nutzen-Rechnung usw.) widmen. Dafür werden die Abteilungsleiter Hr. Ing. Stadler und Hr. Ing. Schwarzer hinzugezogen. Außerdem wird sich der Prüfungsausschuss mit dem Energiehaushalt (Energiebuchhaltung) auseinandersetzen. Dafür wird Hr. Ehn zugezogen.

Ich darf noch abschließend im Namen des Prüfungsausschusses mich wieder beim Herrn Ing. Els, beim Herrn Eder, beim Herrn Zimmermann und auch beim Herrn Mag. Hauer bedanken. Vielen

Dank für ihre Mühe, für ihren Einsatz, weil ihre Arbeit hilft wirklich, dass wir da gute fundierte Empfehlungen abgeben können und auch Danke an meine Kollegen und meiner Kollegin. Es ist wirklich eine Freude und Ehre mit ihnen zusammen zu arbeiten. Dankeschön.

Beschluss: einstimmig zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

IV. Anträge der Bürgermeisterin

1.) Aufnahme in die NÖ Stadterneuerung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeisterin Völkl: Ein Kurzkonzept liegt dem Amtsbericht bei.

Die Stadterneuerung ist eine Initiative des Landes Niederösterreichs, welche aufgrund der erfolgreichen Dorferneuerung 1992 gestartet wurde. Die Stadterneuerung soll einen positiven Entwicklungsimpuls geben und den Bürgern die Chance bieten, direkter und intensiver als bisher am städtischen Leben und an der städtischen Entwicklung teilzunehmen.

Durch die Einbeziehung der Bewohner wird eine Verbesserung der Lebensqualität angestrebt.

Für die zukünftigen Stadterneuerungsaktivitäten in Stockerau bildet das den Amtsbericht beiliegende Kurzkonzept die Grundlage für die Aufnahme in die Landesaktion NÖ Stadterneuerung und das zukünftige Stadterneuerungskonzept.

Nach Aufnahme in die Landesaktion NÖ Stadterneuerung und den Eintritt in die Projektentwicklung und Projektumsetzung ist die Ausarbeitung eines Stadterneuerungskonzeptes inklusive eines Aktions- und Umsetzungsplanes für die zukünftige Entwicklung der Stadtgemeinde Stockerau in Abstimmung mit der Hauptregionsstrategie 2024 notwendig.

Im Kapitel 4 und Kapitel 5 des Kurzkonzeptes sind die groben Zielsetzungen mit den Leitzielen der Landesaktion NÖ Stadterneuerung bzw. eine Vorschau auf mögliche Projekte in Bezug auf Wirtschaft; Zentrumsentwicklung; Verkehr und Mobilität; Soziales, Gesundheit und Naherholung; Digitalisierung als Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger dargelegt. Voraussetzung für die Aufnahme zur Landesaktion NÖ Stadterneuerung am 1. Jänner 2020 ist, dass ein formloses Ansuchen der Stadtgemeinde Stockerau mit einem Kurzkonzept bis 15. Juni des laufenden Jahres bei der Landeskoordinierungsstelle der Stadterneuerung, Drinkweldergasse 15, 3500 Krems, vorliegt.

Die vorgenannten Unterlagen wurden bereits von der Regionalberaterin der NÖ.Regional.GmbH, DI Andrea Haberkorn, vorbehaltlich des erforderlichen Gemeinderatsbeschlusses vorgelegt.

Die Aufnahme in die Stadterneuerung erfolgt für einen Zeitraum von vier Jahren, wobei die jährlichen Kosten in der Höhe von ca. € 25.000,-- mit zwei Drittel bzw. mit einem Maximalbetrag in der Höhe von € 14.500,-- gefördert werden.

Antrag: Die Stadtgemeinde Stockerau stellt an die Landeskoordinierungsstelle für Stadterneuerung das Ansuchen um die Aufnahme in die Aktion NÖ Stadterneuerung mit Beginn 2020.

Gemeinderat Rosenberger: Wie in den Unterlagen ersichtlich war, ist die Stadtgemeinde Stockerau bereits in den Jahren 2010 – 2014 Mitglied der Dorf- und Stadterneuerung gewesen. Grundsätzlich möchte ich festhalten, dass sich die SPÖ selbstverständlich zu jeder Form der aktiven Bürgerbeteiligung bekennt. Wir finden das wirklich gut, ein ganz wesentlichen Teil zur demokratischen Entscheidungs- und Ideenfindung. Es sollten dann aber die wirklichen Rahmenbedingungen, die ich jetzt auch teilweise erfahren habe, ganz verstanden habe ich die Kostenstruktur noch nicht, aber die Rahmenbedingungen sollten dargelegt werden, um falsch geschürte Erwartungen und Hoffnungen in der Bevölkerung zu vermeiden.

Daher habe ich folgende Fragen, da die Unterlagen nicht wirklich so viel aussagen.

Wird es in einem Ausschuss behandelt? In welchem Ausschuss wäre es dann beheimatet, Stadt- und Dorferneuerung? Wie ist die grundsätzliche Erwartung an die Dorf- und Stadterneuerung? Welche Leuchtturmprojekte oder welche ganz wichtigen Projekte, Ziele, Visionen stecken hinter der Dorf- und Stadterneuerung? Die Kosten, wenn wir die vielleicht noch einmal ein bisschen plakativer auch darlegen und vor allem fehlen mir persönlich auch die Informationen, wie allfällige Projekte gefördert werden und die Fördermöglichkeiten und die Abwicklung, sprich Vorfinanzierung, Zusagen, Prozenhöhen. Das wäre für mich sehr interessant.

Bürgermeisterin Völkl: Die zukünftigen Projekte, die gefördert werden, kann man natürlich noch nicht sagen, jetzt zu diesem Zeitpunkt. Von der Dorf- und Stadterneuerung wird der Prozess begleitet, die Gruppen moderiert und dann entscheidet die Stadt aufgrund der Ergebnisse aus den Arbeitskreisen, welchen Projekten näher getreten wird, die natürlich finanziell bewerten werden müssen. Es ist die Bürgerbeteiligung hier natürlich ein großes Ziel, dass sich die Menschen von Stockerau hier einklinken können. Das Thema Innenstadt, jetzt war in der NÖN erst eine Umfrage zur Gastronomie, das sind Themen, die die Menschen bewegen. Welche Arbeitskreise wir genau festlegen, das werden wir September / Oktober festlegen. Wir werden natürlich auch auf die Ergebnisse aus der Zentrumsentwicklung, die wir haben, zurückgreifen. Wir werden gemeinschaftlich festlegen. Spezielle Themen, Anregungen können natürlich auch aus den Ausschüssen kommen.

Gemeinderat Rosenberger: Die Kosten sind € 25.000,-- jährlich als Mitgliedsbeitrag und da gibt es eine Förderungsmöglichkeit.

Bürgermeisterin Völkl: Ein Maximalbetrag von € 14.500,-- kann gefördert werden.

Gemeinderat Rosenberger: Von diesen € 25.000,--

Bürgermeisterin Völkl: Ja.

Gemeinderat Rosenberger: Pro Jahr oder insgesamt.

Stadtrat Dummer: Pro Jahr.

Gemeinderat Rosenberger: D.h. € 10.500,-- bleiben in Summe über.

Bürgermeisterin Völkl: Ja.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Wir begrüßen die Dorf- und Stadterneuerung. Es ist toll, dass das nach 5 Jahren wieder aufgenommen wird. Das Kurzkonzept ist auch, finde ich, finden wir, verständlich und als Kurzkonzept auch wirklich mit diesen 14 Seiten geeignet, Verständnis zu bekommen. Kurz für die Zuhörerinnen und Zuhörer, die das Kurzkonzept nicht einsehen können. Es ist zu Beginn eben die Darstellung der Ausgangssituation, dass wir schon einmal eine Dorf- und Stadterneuerung hatten, ein bisschen demografische Daten und wie Stockerau so aufgebaut ist, infrastrukturell, gut lesbar.

Ich möchte mich vor allem auf Seite 10 und 11 beziehen. Wenn wir uns erinnern und viele von uns haben sich damals bei der Dorf- und Stadterneuerung kennengelernt. Ich war damals noch als Bürgerin tätig. Fünf große Arbeitskreise hat es gegeben, Kultur, Bildung, Soziales, dann einen Bereich Umwelt/Energieinfrastruktur und dann noch einen Bereich Stadtentwicklung, Architektur, Freizeit und Verkehr. Fünf Jahre später haben sie Themen, die Zielsetzungen, so werden sie auch protokolliert, in fünf andere Bereiche gegliedert. Da gibt es das Thema Wirtschaft, das Thema Zentrumsentwicklung, das Thema Verkehr und Mobilität und das Thema Digitalisierung. Das sind einmal vier Themen, die im infrastrukturellen Bereich und im Wirtschaftsbereich angesiedelt. und Wir

wissen bei 16.000 Einheimischen plus 2.000 Zweitwohnsitzer, bei 18.000 Menschen ist es ganz wichtig, ein soziales Netz, ein kulturelles Netz, ein Bildungsnetz zu haben. Hier geht mir persönlich das total ab, weil zusammen gefasst unter einer Überschrift „Soziales, Gesundheit und Naherholung“ sind tatsächlich sechs Themenbereiche und zwar Soziales, Gesundheit, Naherholung, Kultur, Bildung und Gemeinwesen. Das wird in drei Zeilen zusammengefasst. Das ist eindeutig zu wenig. Das einmal zu den Themen, das finde ich sehr erschreckend. Ich spreche als GRÜNE und ich finde es sehr erschreckend und möchte als Aktive hier einbringen. Es ist ein Kurzkonzept, ja das ist mir klar. Aber gerade in einem Konzept, das ganz kurz gehalten ist, gehören aktiv, also Zugeständnisse zu ganz konkreten Themen. Gewisse Schlagwörter fehlen einfach auf dieser einen Seite. Ganz wichtig als GRÜNE natürlich auch das Thema Umwelt. Das Thema Umwelt ist hier nicht erwähnt, das Thema Klimaschutz - ich weiß jetzt nicht, ob wir bei der Dorf- und Stadterneuerung jetzt aktiv etwas schützen wollen und müssen, aber diese Themen sind auch als Rahmen für alle Entwicklungen, die sich da jetzt ergeben sollen in den nächsten Jahren, überhaupt nicht erwähnt.

Konkret hätte ich noch zu einem Satz eine Anmerkung, aber das sprengt den Rahmen. Das ist die Seite 10, die sehr ausschlaggebend für das ganze Konzept ist. Bei der Vorschau auf mögliche Projekte hätte ich jetzt noch einige Details. Warum ich jetzt so viele Details einbringe, weil in der Stadtzeitung möglicherweise gestanden ist, dass die Gemeinderatssitzungen jetzt Arbeitssitzungen sind, darum können wir uns auch austauschen. Also ich sehe das jetzt als Aufforderung oder Ermutigung, dass wir uns jetzt austauschen und diskutieren können.

Auf der Seite 11, die auch wichtig ist. Da bezieht man sich auf mögliche Projekte. Bei der Wirtschaft, schön für die Wirtschaft, wird eine Standortanalyse als Projekt vorgeschlagen. Schön und gut. Wenn man zu den anderen vier Themenbereichen weitergeht, werden wirklich bei Soziales, Gesundheit und Naherholung schöne, kleine, liebe Projekte erwähnt, die wir schon immer wollten, z.B. die Gesunde Gemeinde. Das können wir jederzeit umsetzen, da braucht es keine großartige Erwähnung in diesem Kurzkonzept. Dafür gibt es keine Erwähnung von Standortanalysen für Bildungsstandort, für Kulturstandort. Es fehlen mir Begriffe, es wird nicht von Bildung, Erwachsenenbildung, Kultur im öffentlichen Raum, von Bildungsschwerpunkten und von der Zukunft der Lebensqualität von Menschen etc. gesprochen. Also, für mich ist diese Seite ein bisschen verwurschtelt dargestellt - einerseits teilweise Analysen, andererseits kleine Projekte - vielleicht könnten wir da noch nachrüsten, damit das anders dargestellt wird. Ich hätte auch Vorschläge, aber das sprengt, glaube ich, schon den Rahmen. Fazit ist, bitte unbedingt das Thema Umwelt und Klima aufnehmen, vor allem wenn es um die Infrastruktur geht und bitte unbedingt die Begriffe Bildung, Kultur, Gesellschaft, Gesundheit auseinander dividieren und denen mehr Schwerpunkt zu messen.

Bürgermeisterin Vökl: Es sind grobe Zielsetzungen und mögliche Projekte, das ist nur plakativ so genannt. und löblich sollte sich jeder aus diesem Gemeinderat hier einbringen, was einem wichtig ist, mit Themen, Aktivitäten, zu denen es Arbeitskreise geben soll. Das werden wir sicher, bevor wir starten, auf jeden Fall machen.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Kann ich das zusammenfassen, dass das jetzt einmal für das Einreichen wichtig ist und dass dann sehr wohl auch Arbeitskreise anders tituliert werden können als hier jetzt diese fünf Themenbereichen angeführt sind.

Bürgermeisterin Völkl: Das Kurzkonzept ist sicher auch erweiterungsfähig. Das lebt ja alles. Das können wir auf jeden Fall noch diskutieren, dass wir da zu Themen/Projekte kommen.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Vielen Dank. Ich habe nur eine Frage dazu, zum Mitmachen Es werden in dem Konzept fünf Möglichkeiten der Einbindung der Bevölkerung angeführt und wir oder Sie entscheiden sich für die Einbindung Nummer drei, also Phase drei, mitplanen und mitgestalten. Die Frage - wird das dann von der Politik sein, dass irgendjemand von der Politik oder von der Verwaltung diese Arbeitskreise leitet oder schaut das aus wie damals, dass jemand aus der Bevölkerung sich melden kann.

Bürgermeisterin Völkl: Das können wir gemeinsam festlegen, wer die Arbeitskreise moderiert. Es gehören mehrere Fähigkeiten und Kompetenzen dazu, um einen Arbeitskreis moderieren zu können, dass dann auch ein Ergebnis vorliegt.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Muss aber nicht jemand von uns sein oder könnte jemand aus der Bevölkerung sein.

Stadtrat Dummer: Soweit ich es verstanden habe, ist das keine Wiederholung der ersten Dorf- und Stadterneuerungsaktion, sondern es geht mehr oder konkret um die Umsetzung dieser Ideen, die damals geboren wurden, dass man das verfeinert und dass man das in konkrete Projekte gießt. Das geht natürlich nur gemeinsam mit Beschlüssen der Politik und mit Mitarbeiter der Verwaltung, dass man wirklich konkrete Projekte daraus macht, die antragsfähig sind, die man beim Land beantragen kann, wo man Zuschüsse einreichen kann und die man dann auch auf die Schiene bekommt. Ein wichtiger Punkt, glaube ich, ist sicher die Zentrumsentwicklung, aber es ist auch offen, man kann die Themen sicher noch gestalten. So habe ich es verstanden, dass das eben die Einreichunterlage ist und die Dorf- und Stadterneuerung begleitet diesen Prozess. Die Arbeit müssen schon wir machen, wir müssen die Projekte konkret ausarbeiten, mit den Bürgern abstimmen, die Bürger da einbinden und das dann auf die Schiene bringen. Das ist jetzt der Sinn dieser nochmaligen Aktion Dorf- und Stadterneuerung. Also nicht, dass wir wieder von vorne anfangen, das wäre jetzt kontraproduktiv. Es sind ja bei der ersten Phase sehr viele gute Ideen geboren worden und jetzt sollten daraus halt Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.

Gemeinderat Kubat: Eines ist mir da noch wirklich wichtig, weil Siegfried Gaida und ich waren damals in der Projektgruppe Verkehr und könnten ein Buch schreiben, was uns alles passiert ist. Wir müssen wirklich die Bürgerbeteiligung sehr ernst nehmen, nicht vielleicht sogar diktieren sondern echt alles auf Augenhöhe und gemeinsam machen. Das ist ein wichtiger Appell.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Eine Frage noch, weil diese Antworten von Ihnen beiden, das du sagst, das geht eher von uns aus und wir binden die Bevölkerung ein und hier wird gesagt, dass das eben auch sehr wohl Leute aus der Bevölkerung sein können. Entweder wir diskutieren das jetzt aus oder die Frage von mir ist, wo, in welchem Ausschuss wird das eher tendiert und diskutiert und besprochen worden?

Bürgermeisterin Völkl: Es müssen die Arbeitskreise einmal definiert werden. Wie die zusammengesetzt sind, das werden wir gemeinschaftlich festlegen und natürlich kommt dann ein konkretes Projekt. Der Beschluss zur Umsetzung liegt dann wieder im Gemeinderat. Es werden die Kosten, die Möglichkeiten, ob das überhaupt umsetzbar ist, und somit wird es immer in Zusammenspiel sein.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ja und wo wird das dann gemeinschaftlich gemacht und wann?

Bürgermeisterin Völkl: Das werden wir für Herbst ansetzen. Die Größe von so einem Gremium muss man festlegen, weil der gesamte Gemeinderat wird als Arbeitssitzung zu groß sein.

Gemeinderat Gaida: Zur Erinnerung: Es waren ja 350 Bürgerinnen und Bürger von Stockerau an der letzten Dorf- und Stadterneuerung beteiligt und die Bildung der Arbeitskreise, es kann ja jeder zu den Themen gehen, die er will, und der Arbeitskreis selbst wählt dann seinen Vorsitzenden, wen man haben will. Wir können das nur politisch begleiten und der Arbeitskreis selbst sucht sich dann auch seine Themen. Ich möchte auch nur erinnern, wir haben dann von 2010 – 2012 den Masterplan entwickelt, wo ja alles drinnen steht, was du jetzt erwähnt hast. Wir müssen es nur umsetzen und wir müssen ja nicht wieder von null beginnen, sondern wie Herr Gerhard Dummer erwähnt hat, und viele Projekte und Protokolle rausholen und wenn es geht, in die Umsetzung bringen. Eigene Energiegruppe, eigene Verkehrsgruppe, du warst ja sehr engagiert beim sozialpädagogischen Bereich, das sind ja tolle Sachen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

**2.) Verleihung des Sportehrenzeichens in Gold ohne Lorbeer an Mag. Krislaty Gerd
(ASKÖ Ortsgruppe Stockerau)**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeisterin Völkl: Aufgrund des Ansuchens der ASKÖ Ortsgruppe Stockerau sowie der dafür vorgesehenen Statuten wird vorgeschlagen,

Herrn Mag. Krislaty Gerd

das

Sportehrenzeichen in Gold ohne Lorbeer

zu verleihen.

Herr Mag. Krislaty Gerd war von 1993 bis 31.11.2018 als Obmann der ASKÖ Ortsgruppe Stockerau tätig, war immer sehr engagiert und hat sehr viel auf den Weg gebracht. Es freut mich, dass er hier vorgeschlagen wurde.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

Gemeinderat Bartosch verlässt die Sitzung (19:29 Uhr).

3.) Verleihung eines Ehrenzeichens an Bartosch Wolfgang (WISTO)

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeisterin Völkl: Aufgrund des Ansuchens von Herrn StR Dr. Moser Christian und Herrn GR Dkkfm. Bartosch Johannes sowie der dafür vorgesehenen Statuten wird vorgeschlagen, Herrn

Bartosch Wolfgang

für seine jahrzehntelange Tätigkeit im Interesse der Stockerauer Wirtschaft

die

Wirtschaftsmedaille in Gold

zu verleihen.

Stadtrat Moser: Wolfgang Bartosch, viele hier im Saal kennen ihn ja gut und lang, ein klassischer Unternehmer, eine Unternehmerkarriere wie man sie heute nicht mehr so oft sieht. Lehre als Glaser, Gesellenprüfung mehr oder weniger heute vor 50 Jahren. Danach Meisterprüfung, danach Einstieg ins elterliche Unternehmen und hier viele Jahre, Jahrzehnte erfolgreich tätig. Er war daneben auch für die Unternehmerkollegen, für die Unternehmerschaft in Stockerau insgesamt tätig, zuletzt als Obmann des Stadtmarketingvereins, der WISTO, nach mehr als 15 Jahre eine Funktion, die er morgen an seinen Nachfolger übergeben wird. Eine wichtige Aufgabe, wie wir alle wissen, eine undankbare Aufgabe. Als Obmann ist man bei Veranstaltungen für alles verantwortlich, für alles Schuld bis hin zum schlechten Wetter und es war bislang auch eine unbedankte Aufgabe. Jetzt wollen wir mit dem Antrag gerne korrigieren und ich freue mich daher, dass dieser Antrag heute vorliegt und ich darf namens meiner Fraktion sagen, dass wir diesen Antrag unterstützen werden.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Prostimmen:	ÖVP	16
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

Gemeinderat Bartosch nimmt an der Sitzung wieder teil (19:30 Uhr).

4.) Verleihung eines Ehrenzeichens an Forster Philipp (Gewichtheben)

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeisterin Völkl: Aufgrund des Ansuchens von Herrn StR Pohl Herbert sowie der dafür vorgesehenen Statuten wird vorgeschlagen, Herrn

Forster Philipp

für seine ausgezeichneten, sportlichen Leistungen in Gewichtheben

das

Sportehrenzeichen in Gold mit Lorbeer

zu verleihen.

Ein Stockerauer, 1994 geboren und hat schon ordentliche Leistungen im Gewichtheben vorzuweisen.

Gemeinderat Hetzendorfer: Ich darf für den Philipp kurz eine Lanze brechen. Ich habe ihn früher, vor ca. 10 Jahren über Freunde kennenlernen dürfen und schon damals stand das Training immer für ihn im Vordergrund. Ich glaube, ohne Aufopferung bringt man es im Spitzensport nicht weit, aber der Erfolg gibt ihm Recht. Er ist national schon ewig lange erfolgreich. Das kann man auf Facebook beobachten und letztes Jahr bei der WM hat er nochmal eins draufgelegt und mit einem 8. Platz wirklich eine hervorragende Leistung abgeliefert. Ich glaube, man kann ihm das durchaus zuerkennen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

<u>Abstimmungsergebnis:</u>		
Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

V. Anträge der Stadträte

a.) Ref. III - Finanzen

1.) Vergabe der Finanzierung für Containeranlage Volksschule

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Dummer: In der Sitzung des Gemeinderates vom 21.05.2019 wurde der Ankauf einer Containeranlage inkl. Klimasplitgerät für die Volksschule Wondrak zur Nutzung als „Containerklassen“ genehmigt. Der Ankauf erfolgt über die Fa. Containex GmbH zu einem Preis von € 159.600,-- inkl. USt.

Die Finanzierung dieser Investition soll über eine Leasinggesellschaft erfolgen.

Die Laufzeit wurde mit 48 Monate + 1 Restrate angegeben.

Aufgrund der eingegangenen Angebote ergeben sich auf Basis der variablen Angebotsvariante (6-Monats-Euribor März 2019) folgende Leasingraten:

1) Oberbank Leasing GmbH	Rate/Monat:	€ 3.319,39 brutto
2) Raiffeisen Leasing GmbH	Rate/Monat:	€ 3.347,06 brutto
3) BAWAG/PSK Leasing/easyleasing GmbH	Rate/Monat:	€ 3.355,75 brutto

Antrag: Die Vergabe der Finanzierung einer Containeranlage inkl. Klimasplitgerät für die Volksschule Wondrak bei der Oberbank Leasing GmbH mit einer monatlichen Rate zu € 3.319,39 brutto und einer Laufzeit von 49 Monaten wird genehmigt. Die Leasingrate ist an den 6-Monats-Euribor gebunden. Die einmalig anfallenden Gebühren und sonstige Kosten betragen € 1.497,38.

2. Vizebürgermeister Holzer: Ich habe eine Zusatzfrage betreffend der Möbel. Sind die jetzt schon bestellt?

Stadtrat Dummer: Ob sie bestellt sind, weiß ich nicht. Die Finanzierung haben wir als einen der nächsten Tagesordnungspunkte auf der Liste. Beim Darlehen Volksschule sind die Möbel dabei.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

Stadtrat Dummer: Die nächsten drei Anträge betreffen Darlehensaufnahmen. Kurze Vorbemerkung: Wir haben diesmal alle Darlehen, die wir heuer benötigen, auf einmal ausgeschrieben. Das hat sich durchaus bewährt, weil das für die Banken ein größeres Volumen ist und dadurch auch interessanter. Wir haben fünf Angebote bekommen zu verschiedenen Varianten, variabel und zu verschiedenen Fixzinssätzen. In Summe machen die Darlehen knapp € 3 Mio. aus, € 2,995 Mio. um genau zu sein und betreffen im Wesentlichen die Fehlbeträge aus den Vorjahren, die damit geregelt werden sollen.

2.) Darlehensaufnahme – Wasserversorgungsanlage und Abwasserbeseitigungsanlage

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Dummer: Für den Bereich Wasserversorgungsanlage soll ein Darlehen in Höhe von € 410.000,-- aufgenommen werden. Dies betrifft die bereits im Bau befindlichen Bauabschnitte 102 und 103. In diesen Bauabschnitten sind die Kosten des Leitungsinformationssystems (Leitungskataster Teil 2 und Teilgebiet 2) enthalten.

Weiters soll für die Abwasserbeseitigungsanlage ein Darlehen in Höhe von € 465.000,-- aufgenommen werden. Dieser Betrag gliedert sich in den

- Bauabschnitt 102 – Leitungskataster Teil 5 mit einem Betrag von € 141.000,--
- Bauabschnitt 103 – Leitungskataster Teilgebiet 2 mit einem Betrag von € 58.000,--
- Kanalinstandhaltungen ohne Bauabschnitt mit einem Betrag von € 266.000,--

Diese Beträge sind im Fehlbetrag enthalten.

Die Gesamtfinanzierung beträgt daher € 875.000,--

Es wurden vier Zinsvarianten ausgeschrieben.

Auf Basis der Variante 4 (Fixverzinsung für die gesamte Laufzeit) brachte die Ausschreibung folgendes Ergebnis:

1) UniCredit Bank Austria	1,02%
2) BAWAG PSK	1,05%
3) Raiffeisenbank Stockerau	2,49%
4) Austrian Anadi Bank	keine Fixvariante
5) BKS-Bank	keine Fixvariante gesamte Laufzeit
6) Sparkasse Korneuburg AG	kein Angebot
7) Erste Bank AG	kein Angebot
8) Hypo Noe Gruppe	kein Angebot
9) Oberbank	kein Angebot
10) Volksbank Stockerau	kein Angebot

Die Laufzeit beträgt 20 Jahre ab Tilgungsbeginn, das ist im Mai 2021. Die jährliche gesamte Annuität beträgt rund € 48.400,-- (1%), wobei für die Wasserversorgung ein Anteil von 47% und für die Abwasserbeseitigungsanlage ein Anteil von 53% zur Verrechnung kommt.

Die Bedeckung des Schuldendienstes erfolgt unter Berücksichtigung kostendeckender Gebühren.

Antrag: Die Darlehensaufnahme für die Wasserversorgungsanlage in Höhe von € 410.000,-- und die für die Abwasserbeseitigungsanlage in Höhe von € 465.000,-- bei der Bank Austria AG mit einem angebotenen Fixzinssatz von 1,02% (Fixierung nach Zuschlagserteilung gemäß der laufzeitgewichteten ICE Swap-Rate) auf die gesamte Laufzeit von 20 Jahren wird genehmigt. Die Bedeckung des Schuldendienstes erfolgt unter Berücksichtigung kostendeckender Gebühren.

Stadtrat Pfeiler: Ist Tilgungsbeginn 2020 oder 2021?

Stadtrat Dummer: 2021 steht im Amtsgericht, aber an sich haben wir diskutiert gehabt 2020 und ich würde lieber 2020 beginnen. Also wenn ihr einverstanden seid, würde ich den Tilgungsbeginn auf 2020 verlegen, Mai 2020.

Gemeinderat Pollak: Ich gebe zu bedenken, wenn die Angebote mit einem Tilgungsbeginn 2021 beginnen, dass unter Umständen Vorschusszinsen fällig werden, wenn wir früher tilgen wollen. Ich würde nur mit dem Vorbehalt, dass so eine Vorschusszinsengestaltung nicht im Vertrag steht, diesen Vorschlag näher treten wollen.

Stadtrat Dummer: Das müssen wir mit der Bank abstimmen, aber wenn die Bank nichts dagegen hat, würde ich lieber 2020 beginnen. Letztendlich handelt es sich um Fehlbeträge, die wir abdecken, das Geld haben wir schon lange ausgegeben. Also ich denke, wir sollten mit der Tilgung beginnen. Soweit ich es angeschaut habe, sollte es möglich sein, weil ja einige Darlehen auslaufen.

Gemeinderat Pollak: Und keine Vorschusszinsen fällig werden.

Stadtrat Dummer: Mit der Volksschule sind wir später dran, d.h. die trifft uns 2020 mit der Rückzahlung noch nicht. Darum denke ich, sollten wir das nicht unnötig hinausschieben.

Stadtrat Pfeiler: Du sagtest, es handelt sich um Abdeckung von Fehlbeträgen des Vorjahres. Gehe ich da richtig in der Annahme, dass dann auch der Kassakredit in etwa in dieser Höhe rückgeführt wird.

Stadtrat Dummer: In etwa in dieser Höhe. Teilweise sind Rechnungen offen, die noch zu bezahlen sind, und das, was übrig ist sozusagen, geht an den Kassakredit. D.h. es wird der Liquiditätsspielraum höher und damit werden wir in der Lage sein, die offenen Schulden, die Kollege Kubat angesprochen hat, zu tilgen, sodass wir bei den Lieferanten in Zukunft keine Verzugszinsen mehr zahlen müssen sondern den Skonto ausnützen können. Das ist das Ziel.

Gemeinderat Kubat: Nur eine Frage jetzt. Eine Geschäftsordnungsfrage, weil Herr Pollak ja sagte, wenn es uns da keine Nachteile bringt, dass wir das vorher tilgen. Müssten wir nicht den Antrag umformulieren?

Stadtrat Dummer: Der Antrag wird erweitert:

Wenn kein Nachteil entsteht, werden wir mit der Tilgung im Mai 2020 beginnen, wenn dadurch konditionsmäßig kein Nachteil entsteht.

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

3.) Darlehensaufnahme – Volksschule Wondrak

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Dummer: Für das Projekt Um-und Neubau bei den Volksschulen Wondrak und West ist für bereits getätigte Investitionen und Ausgaben für das laufende Finanzjahr 2019 eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 770.000,-- vorgesehen.

Die Summe errechnet sich wie folgt:

➤ Planungsleistungen, Kosten Planungswettbewerb, Klassenmöbel	736.713,--
➤ Abzüglich erhaltene Bundesförderung	-308.938,--
➤ Fehlbeträge aus Vorjahren	102.225,--
➤ Voraussichtliche Investitionen 2019	240.000,--

Es wurden vier Zinsvarianten ausgeschrieben bei einer Laufzeit von 20 Jahren.

Auf Basis der Variante 4 (Fixverzinsung gesamte Laufzeit) brachte die Ausschreibung folgendes Ergebnis:

1) UniCredit Bank Austria	1,02%
2) BAWAG PSK	1,05%
3) Raiffeisenbank Stockerau	2,49%
4) Austrian Anadi Bank	keine Fixvariante
5) BKS-Bank	keine Fixvariante gesamte Laufzeit
6) Sparkasse Korneuburg AG	kein Angebot
7) Erste Bank AG	kein Angebot
8) Hypo Noe Gruppe	kein Angebot
9) Oberbank	kein Angebot
10) Volksbank Stockerau	kein Angebot

Die Laufzeit beträgt 20 Jahre ab Tilgungsbeginn. Als Tilgungsbeginn soll Mai 2020 nach Möglichkeit festgelegt werden. Die jährliche Tilgung beträgt rund € 42.600,- (1%) und ist aus allgemeinen Haushaltsmitteln zu leisten.

Antrag: Die Darlehensaufnahme für das Projekt Um- und Neubau bei den Volksschulen Wondrak und West in Höhe von € 770.000,- bei der Bank Austria AG mit einem angebotenen Fixzinssatz von 1,02% (Fixierung nach Zuschlagserteilung gemäß der laufzeitgewichteten ICE Swap-Rate) auf die gesamte Laufzeit von 20 Jahren wird genehmigt, mit dem Zusatz, wenn es keinen Nachteil gibt, wird mit der Tilgung 2020 (Mai 2020) begonnen.

Gemeinderätin Kamath-Peters: Ich hätte ein paar Fragen vorbereitet gehabt zu den Investitionen und Planungswettbewerb und zu den Möbeln. Das ist ausreichen geklärt. Danke für die Erklärungen. Eine Frage noch: Da die nächsten Sitzungen von uns, die hier politisch arbeiten, erst frühestens im September sind, habe ich drei konkrete Fragen, weil es doch um € 770.000,- geht, die wir jetzt einmal aufnehmen, um zu investieren. Ist der Um- und Neubau der Volksschule vertraglich und finanziell jetzt geklärt? Also, ist da alles auf Schiene? Die zweite ist: Wann wird mit dem Umbau begonnen, jetzt in den Ferien? Das wäre eine gute Zeit. Meine dritte Frage: wann ist der erste Baubeirat?

Bürgermeisterin Völkl: Das ist nicht relevant zu dem Antrag, zu dem wir jetzt abstimmen.

Gemeinderätin Kamath-Peters: Wieso nicht?

Bürgermeisterin Völkl: Weil wir jetzt über die Darlehensaufnahme entscheiden.

Gemeinderätin Kamath-Peters: D.h. wir sollen zustimmen für € 770.000,- und können nicht nachfragen, wie es aussieht und wofür die Investitionen in den nächsten Monaten verwendet werden.

Stadtrat Dummer: Das, was da jetzt finanziert wird, sind im Wesentlichen die Fehlbeträge, die schon dastehen, plus die € 40.000,-- für die Möbel in den Containern, die brauchen wir. Und € 200.000,-- sind eben noch sozusagen als Reserve, die hier aufgenommen werden für den Fall, wenn weitere Planungsschritte, eine neue Ausschreibung oder neues Projekt oder was auch immer notwendig sind, damit eben keine Verzögerung eintritt. Es gibt jetzt ein Gutachten, das ist relativ frisch, das ist noch sehr jung, von diesem Experten, der beauftragt wurde, was da schief gelaufen ist, wieso die Kosten so aus dem Ruder gelaufen sind, und aus dem heraus werden wir wohl über den Sommer oder kurz nach dem Sommer entscheiden müssen, wie es mit der Volksschule weiter geht. Damit wir dann in der Lage sind, sozusagen weiter Gutachter oder neue Planungen oder was auch immer oder eine neue Ausschreibung zu beauftragen, dafür sind diese € 200.000,-- sozusagen als Reserve. Alles andere ist sowieso schon ausgegeben, das betrifft die Rechnungen, die der Architekt schon gelegt hat, die auch schon bezahlt sind, die halt nicht bedeckt sind, wo es bisher keine Darlehensaufnahme gab.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Du sprichst, dass es zu keiner Verzögerung kommt und damit man weiß, dass es zu keiner Verzögerung kommt, muss man einmal wissen, was geplant ist an Anfangsarbeiten oder Anfangsumbauarbeiten oder Spatenstich - wann ist der geplant?

Bürgermeisterin Völkl: Wir haben jetzt ein Gutachten vom Bausachverständigen vorliegen. Die Volksschule wird mit den projektierten Kosten nicht zu bauen sein. Man muss jetzt abklären, ob wir umplanen bzw. wie das vertraglich aussieht. Es wurde auch für das gesamte Gelände nie ein Raum- und Funktionsprogramm gemacht. Jetzt ist der geeignete Zeitpunkt, dass man schaut, wie das ganze Areal, wer welche Räume nutzt, wie auch in Zukunft die Prognosen der Entwicklungen und der Bedarf an Nachmittagsbetreuung sind, auch für die Neue Mittelschule. Es muss das ganze Areal angeschaut werden. Das tun wir jetzt und darum haben wir jetzt die Container, dass wir Zeit gewinnen, um sich das anzusehen..

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ich begrüße es auch, dass das noch einmal neu angeschaut wird, falls es in der Vergangenheit auf irgendwelche Sachen nicht geachtet wurde.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

4.) Darlehensaufnahme – Abdeckung (Ausfinanzierung) diverser Investitionsvorhaben

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Dummer: Zur Ausfinanzierung bzw. Bedeckung diverser bereits fertiggestellter Investitionsvorhaben soll ein Darlehen mit einer Gesamtsumme von € 1.350.000,-- aufgenommen werden.

Gemäß dem Voranschlag 2019 wurden die Beträge budgetiert und betreffen folgenden Vorhaben:

- Vorhaben 89: Kindergarten St. Koloman € 153.900,--
- Vorhaben 42: Lärmbekämpfung € 621.000,--
- Vorhaben 10: Gemeindestraßen € 200.000,--
- Vorhaben 84: WuGgde. Reiterkaserne € 103.000,--
- Vorhaben 80: Stadtsaal € 168.200,--
- Vorhaben 44: Freibad € 100.000,--

Es wurden vier Zinsvarianten ausgeschrieben.

Auf Basis der Variante 4 (Fixverzinsung gesamte Laufzeit) brachte die Ausschreibung folgendes Ergebnis:

- 1) UniCredit Bank Austria 1,02%
- 2) BAWAG PSK 1,05%
- 3) Raiffeisenbank Stockerau 2,49%
- 4) Austrian Anadi Bank keine Fixvariante
- 5) BKS-Bank keine Fixvariante gesamte Laufzeit
- 6) Sparkasse Korneuburg AG kein Angebot
- 7) Erste Bank AG kein Angebot
- 8) Hypo Noe Gruppe kein Angebot
- 9) Oberbank kein Angebot
- 10) Volksbank Stockerau kein Angebot
- 11) Stockerau

Die Laufzeit beträgt 20 Jahre ab Tilgungsbeginn. Als Tilgungsbeginn würde ich wieder gerne Mai 2020 festlegen. Die jährliche Tilgung beträgt rund € 74.700,-- (1%) und wird prozentuell auf die oben angeführten Bereiche aufgeteilt. Die Kosten sind aus allgemeinen Haushaltsmitteln aufzubringen.

Antrag: Die Darlehensaufnahme im Gesamtausmaß von € 1.350.000,-- bei der Bank Austria AG mit einem angebotenen Fixzinssatz von 1,02% (Fixierung nach Zuschlagserteilung gemäß der laufzeitgewichteten ICE Swap-Rate) auf die gesamte Laufzeit von 20 Jahren wird genehmigt.

Die Aufnahme wird auf folgende Vorhaben aufgeteilt:

- | | |
|---|--------------|
| • Vorhaben 89: Kindergarten St. Koloman | € 153.900,-- |
| • Vorhaben 42: Lärmbekämpfung | € 621.000,-- |
| • Vorhaben 10: Gemeindestraßen | € 200.000,-- |
| • Vorhaben 84: WuGgde. Reiterkaserne | € 103.000,-- |
| • Vorhaben 80: Stadtsaal | € 168.200,-- |
| • Vorhaben 44: Freibad | € 100.000,-- |

Die Tilgung wieder, wenn kein Nachteil für uns besteht, beginnend im Mai 2020.

Stadtrat Pfeiler: Ich finde es sehr positiv, dass wir jetzt eben diese Ausfinanzierung der Projekte vornehmen, weil ich glaube, es ist ein ganz wichtiger Schritt, dass wir dann im Gemeindehaushalt Klarheit und Transparenz haben, wenn alle Altlasten sozusagen ausfinanziert sind. Das wollte ich nur positiv erwähnen, dass die notwendige Grundlagentransparenz hergestellt wird für die nächste kurzfristige Budgetplanung. Die Frage ist jetzt nur, ist jetzt noch mit weiteren Darlehensaufnahmen für die Ausfinanzierung von Altlasten zu rechnen oder ist damit dann sozusagen der Rucksack gefüllt?

Stadtrat Dummer: Ich denke, wenn ich es richtig im Kopf habe, 95% der Altlasten sind damit bereinigt. Der Rest, also in Summe waren es ja € 4 Mio., ein Teil ist ja dann neu drinnen, also das sind nicht ganz € 4 Mio.. Ein Teil soll aus dem ordentlichen Haushalt noch kommen. Das ist noch vorgesehen und einen Antrag habe ich heute noch, wo Rücklagen, die wir gebildet haben, von der Deponie dazu verwendet werden, auch Altlasten abzudecken.

Stadtrat Pfeiler: Das Vorhaben 42 Lärmbekämpfung mit € 621.000,-- - ist das zusammen mit dem Lärmschutzdamm oder?

Stadtrat Dummer: Genau, das ist der schöne Lärmschutzdamm, der schon ein paar Jahre steht, aber er ist noch nicht finanziert.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

5.) Rücklagenverwendung für Mülldeponie/Müllbeseitigung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Dummer: Von dem ursprünglich am 14.12.2016 für die Deponieentsorgung genehmigten Darlehen in Höhe von € 2.100.000,-- wurde ein Betrag von € 1.400.000,-- in Anspruch genommen. Nachträglich hat sich herausgestellt, dass die tatsächlichen Kosten nun mit einem Betrag von € 1.061.540,36 abgerechnet bzw. gebucht wurden.

Der nicht verwendete Betrag in Höhe von € 338.459,64 wurde 2018 als Rücklage gebucht – siehe RA 2018 und liegt auf einem separaten Konto bei der Bank Austria.

Nun soll diese Rücklage aufgelöst, ein Teil zumindest, und damit die Fehlbeträge bei den AO Vorhaben 13 (Müllbeseitigung) in Höhe von rund € 157.700,-- und Vorhaben 14 (Mülldeponie) in Höhe von rund € 108.700,-- abgedeckt werden, da diese sonst mit einer eigenen Darlehensaufnahme hätten ausgeglichen werden müssen. Die beschriebene Vorgehensweise ist im Voranschlag 2019 dargestellt.

Die verbleibende Rücklage in Höhe von rund € 72.000,-- soll, wenn sie nicht bei der Abdeckung der Deponie oder zur Abgeltung der Planungskosten für das Altstoffsammelzentrum verwendet werden muss, zur Teiltilgung des ursprünglichen Darlehens verwendet werden.

Antrag: Die Verwendung der auf dem Durchlaufkonto 3678 erliegenden Rücklage in Höhe von € 338.459,64 zum Teil für die Bedeckung der Fehlbeträge auf den AO Vorhaben 13 (Müllbeseitigung) in Höhe von rund € 157.700,-- und Vorhaben 14 (Mülldeponie) in Höhe von rund € 108.700,-- wird genehmigt.

Stadtrat Pfeiler: Ich habe es grundsätzlich verstanden, eine Frage dazu. Die endgültige Deponieabdeckung, die Finanzierung der endgültigen Deponieabdeckung, da gibt es ja ein beschlossenes Darlehen, aus dem sozusagen die laufenden Rechnungen und Darlehenszuzahlungen erfolgen. Verstehe ich es jetzt richtig, dass durch diese Zuführung zum Vorhaben 14 sich die Darlehenszuzahlung von dem eigentlichen € 3 Mio. Darlehen um diese € 108.700,-- reduzieren wird.

Stadtrat Dummer: Nein. Die € 108.700,-- sind der Fehlbetrag, den es auch gibt bei der Deponie und die € 3.270.000,-- sind die Abdeckung, das ist ein neues Darlehen, das steht grundsätzlich zur Gänze für die Abdeckung der Deponie zur Verfügung. Das deckt nur den Fehlbetrag ab in diesem Vorhaben, die € 108,700,-- und die € 72.000,-- haben wir jetzt sozusagen zur Reserve, wenn es aus irgendeinem Grund bei der Abdeckung Überschreitungen gibt oder eben dann beim Altstoffzentrum irgendwelche Planungsleistungen zu finanzieren sind, dann haben wir noch € 72.000,-- auf der Rücklage als Reserve. Die beiden Fehlbeträge sind damit ausgeglichen und die € 3.270.000,-- können wir für die Abdeckung verwenden, natürlich so kostenschonend wie möglich.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

6.) Auftrag zur Verwertung von Holzabfällen

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Dummer: Die Übereinkommenvereinbarung mit dem derzeitigen Abnehmer der Holzabfälle der Fa. Hydro-Clean wurde per 30.06.2019 gekündigt.

Es ist zu berücksichtigen, dass am 01.01.2019 die neue Altholzverordnung in Kraft getreten ist, welche eine Trennung des Altholzes in drei Klassen vorsieht.

Es wurden daher für die Verwertung von Altholz neue Preisinformationen eingeholt.

Für die Verwertung von Altholz wurden folgende Preise angeboten (je Tonne netto):

	Stockerauer Saubermacher	Hydro-Clean	Schauerhuber
stoffliche Verwertung	€ 28,--	€ 29,--	€ 55,--
thermische Verwertung	€ 63,--	€ 59,--	€ 85,--
gemischt	€ 43,--	€ 44,--	-----

Aufgrund der Marktsituation sind die Holzpreise sehr stark im Steigen. Daher können die Verwerterpreise nur bis zum Ende des Jahres 2019 garantiert werden.

Zu ergänzen wäre noch, dass wir schon aus finanziellen Gründen kein Holz zur thermischen Verwertung derzeit haben. Ist auch irgendwie zu vermeiden. Der Großteil wird bei uns stofflich oder gemischt verwertet. Und aus dem Szenario heraus, ist die Fa. Stockerauer Saubermacher der Billigstbieter in dem Fall, weil wir eben kein Holz zur thermischen Verwertung haben.

Antrag: Der Auftrag zur Verwertung von Holzabfällen an die Stockerauer Saubermacher GmbH, Am Fuchsenbühel 1, 2000 Stockerau zu den unten angeführten Preisen bis 31.12.2019 wird genehmigt.

Altholz zur stoffliche Verwertung	€ 28,--/Tonne netto
Altholz zur thermische Verwertung	€ 63,--/Tonne netto
Altholz gemischt	€ 43,--/Tonne netto

Gemeinderat Kubat: Ich muss ehrlich gestehen oder so empfinde ich das jetzt als Mitglied des Prüfungsausschusses, dass ich nicht so ganz die Rolle der Stockerauer Saubermacher GmbH bezüglich der Biomüll-Angelegenheit kenne und da man das erst im September ganz genau weiß, werde ich mich der Stimme enthalten.

Stadtrat Dummer: Also, es geht jetzt nur um die Regelung bis Ende des Jahres und dann wird es sowieso neu abgewickelt.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	5
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	0
	FPÖ	3

7.) Nachtbus – Verlängerung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Dummer: Das Verkehrsunternehmen Dr. Richard führt seit dem Jahre 2008 den sogenannten Nachtbus auf der Linie zwischen Wien-Schwedenplatz und Stockerau jeweils am Wochenende durch. Alle auf dieser Strecke liegenden Gemeinden beteiligen sich an den anfallenden Kosten im Ausmaß der Einwohnerzahl. Das sind die Gemeinden Langenzersdorf, Bisamberg, Korneuburg, Leobendorf, Spillern und Stockerau.

Aufgrund der sinkenden Fahrgäste wurde der Nachtbus in Frage gestellt und soll nun befristet ab dem 01.09.2019 bis 31.12.2020 verlängert werden.

Die Stadtgemeinde Stockerau hat im Jahre 2018 insgesamt einen Betrag für den Nachtbus in Höhe von € 12.233,30 geleistet. Insgesamt wurden von und nach Stockerau 1.131 Fahrgäste befördert. Für den Zeitraum September 2019 bis Dezember 2020 ist mit einem Kostenanteil der Stadtgemeinde Stockerau in Höhe von ca. € 14.000,-- bis € 15.000,-- zu rechnen.

Der bisherige Kundenpreis soll für Fahrten von Wien nach Stockerau von € 5,-- auf € 6,-- angehoben werden. Für die kürzeren Strecken gelten andere gestaffelte Preise lt. beiliegender Liste.

Antrag: Die Fortführung des vom Verkehrsunternehmen Dr. Richard durchgeführten Nachtbusses befristet ab dem 01.09.2019 bis 31.12.2020 mit einem Kostenanteil der Stadtgemeinde Stockerau für den Zeitraum September 2019 bis Dezember 2020 in Höhe von € 14.000,-- bis € 15.000,-- wird genehmigt, wobei ab 01.09.2019 der Kundenpreis für eine Fahrt nach Stockerau mit € 6,-- festgesetzt wird.

Die Kosten sind im Ansatz 4390 in der Post 2780 im ordentlichen Haushalt mit € 25.000,-- veranschlagt. Die Gesamtkosten für diesen Bus sind € 42.637,32, so viel noch zur Information. Der Stockerauer Anteil ist eben 43,78%, das sind € 14.829,26. Der Bus fährt Samstag und Sonntag und zwar zwei Mal jeden Tag.

2. Vizebürgermeister Holzer: Seitens der SPÖ freut es uns, dass heute der Antrag gekommen ist, den Nachtbus bis Ende 2020 zu verlängern. Jetzt haben wir 1 1/2 Jahre Zeit und vielleicht gelingt es bis dorthin, auch in Niederösterreich ein 375-Euro-Ticket einzuführen, mit dem der Nachtbus dann mitbenutzt werden könnte. Aber auf jeden Fall jetzt positiv, dass das verlängert wird. Von uns wird es Zustimmung geben.

Stadtrat Pohl: Wir unterstützen das natürlich auch. Es ist eine der Maßnahmen, dass wir die jungen Leute noch in der Stadt halten können. In vielen Gesprächen haben sie gesagt, dass das Fortgehen in Stockerau schwierig ist. Das ist eine Möglichkeit, dass sie in Wien fortgehen können und trotzdem uns erhalten bleiben.

Stadtrat Pfeiler: Ich werde auch eine Lanze für den Nachtbus brechen. Der Nachtbus ist jetzt doch schon einige Jahre unterwegs. In dem Antrag steht aufgrund der sinkenden Fahrgastzahlen. Das muss man ein bisschen relativieren. Wir hatten in den besten Zeiten 4.500 Fahrgäste pro Jahr auf der gesamten Linie. Das ist in den letzten Jahren gesunken aber nicht dramatisch, es ist auf ca. 4.000 Fahrgästen gesunken. Das sind etwas mehr als 10%. Wenn man sich das von den Zeitreihen ansieht, kann man das wahrscheinlich auf die Etablierung von Uber-Taxi zurückführen. Das Uber-Taxi ist möglicherweise in wenigen Monaten vorübergehen, vielleicht weg. Erst gestern habe ich hier rechtliche Informationen bekommen, dass das eventuell in kurzer Zeit vorbei ist. Umso mehr ist es auch wichtig, den Nachtbus weiter zu betreiben und ich finde, dass einfach dieses wichtige Element der Jugendmobilität in unserer Region eigentlich mehr von der Politik braucht als das nur zögerlicherweise von Jahr zu Jahr und gnadenaktmäßig zu verlängern. Ich finde, wir sollten als Gemeinden der Region zu diesem Produkt stehen. Wir sollten viel intensiver in die Werbung gehen, in die Kanäle, auf denen die jungen Menschen unterwegs sind, und zu dem Angebot stehen und es bewerben. Auch auf der südlichen Donauseite gibt es einen Nachtbus, der sehr gut funktioniert von Wien Heiligenstadt über Klosterneuburg, St. Andrä Wördern und nach Tulln. Auch dort funktioniert das Angebot sehr gut. Also insofern wirklich längerfristiges Commitment und nicht eben hier immer nur befristen.

Eine Sache ist auch sehr interessant, wenn es geht um das IST-Mobil, da ist das Land immer ganz stark mit der Förderung dabei, beim Linienverkehr schaut das dann oft gleich wieder ein bisschen anders aus. Ich würde ersuchen, dass die Standortgemeinden beim Land Niederösterreich nachfragen, ob man nicht auch eine Förderung für diesen Nachtbus bekommt in einer ähnlichen prozentu-

alen Förderhöhe, wie das IST-Mobil gefördert wird. Das wäre auch eine Erleichterung bei der Beibehaltung dieser Verkehre. Wenn wir die 4.000 Fahrten herunter brechen, kann man die Zahl der Fahrgäste pro Kurs ermitteln, weil oft kursiert so „Na, der fährt ja eh nur leer“. Wenn wir die 4.000 Fahrgäste mit den zwei Kursfahrten pro Wochenende, also pro Nacht und Wochenende, in der Nacht von Freitag-Samstag und Samstag-Sonntag, dann sind das pro Kurs, also einmal hin- und herfahren, 19 Fahrgäste. Das ist sozusagen alles andere als leer. Da werden schon wirklich Fahrgastzahlen befördert, die man auch gar nicht in ein Taxi hineinbringt. Also auch um das klar auszusprechen, 20 Leute bekommen Sie nicht in ein Taxi rein. Also da wirklich einen Linienverkehr, Werbung, Werbung, Werbung und dann glaube ich, könnten wir diesen Nachtbusverkehr halten. Zu den Kundenpreisen würde ich gerne einen **Zusatzantrag** stellen, nämlich dass wir den Kundenpreis mit € 5,- pro Fahrt von Wien nach Stockerau beibehalten.

Bürgermeisterin Völk: Das ist der Preis, der allen Gemeinden verrechnet wird. Für den Bus gibt es einen Pauschalpreis und wir zahlen dann pro Kopf unseren Anteil. Da wäre es für uns proportional schon sehr viel teurer.

Stadtrat Pfeiler: Es ist im Amtsbericht enthalten. Es geht da um 1.100 Fahrgäste, Kundinnen und Kunden in einem Jahr in etwa, die in Bezug auf Stockerau unterwegs sind. Wir reden da jetzt bei einer Anhebung des Preises von € 5,- auf € 6,- oder hinunter von € 6,- auf € 5,- um € 1.000,-. Ich finde, es ist schon ein Signal an Jugendliche, wo wir da jetzt durch ihre Basismobilität, mit der sie in der Nacht unterwegs sein können, profitieren und erhöhen, oder ob wir hier die sichere und umweltfreundliche Mobilität auch über Nacht zu dem Grundpreis gewährleisten können. Wir haben vorher gerade über Stadterneuerung diskutiert, das ist super, das sind € 25.000,- pro Jahr, ist auch wichtig und beim öffentlichen Verkehr für die Jugendlichen diskutieren wir dann über € 12.000,- oder € 13.000,- oder € 14.000,-. Es erscheint mir wirklich etwas unverhältnismäßig.

Stadtrat Dummer: Aus meiner Sicht ist natürlich auch zu begrüßen, dass man den Nachtbus stärker bewirbt, dass er einfach stärker frequentiert und genutzt wird. Wir zahlen derzeit € 12,- pro Fahrt sozusagen dazu, statt € 6,- - ist vorgesehen, dass der Nutzer des Verkehrsmittels bezahlt. € 12,- zahlt die Stadtgemeinde pro Fahrgast dazu. Das ist sicher in Ordnung aus der jetzigen Sicht, aber ich würde auf jeden Fall auch schwer begrüßen, wenn man den Nachtbus stärker bewirbt in allen Medien, die uns zur Verfügung stehen und dass die Nutzung zunimmt, weil die Bevölkerung nimmt auch zu und damit könnten sich die Kosten auch relativieren, weil sie sich einfach auch auf mehr Nutzungen verteilen.

1. Vizebürgermeister Falb: Das Finanzierungsverhältnis von 1/3 zu 2/3 - 1/3 zahlt der Nutzer, 2/3 die öffentliche Hand - ist sowieso nicht wirtschaftlich niemals rechtfertigbar, aber angesichts der Situation der Jugendlichen und weil wir den öffentlichen Verkehr fördern wollen, ist es in Ordnung. Wir reden hier von € 1,-. Also ich wollte das schon auch zu bedenken geben, dass, wenn man in Wien fortgeht, ein Getränk deutlich schon mehr kostet als die Fahrkarte nach Wien. Ehrlicherweise ist das irgendwie dann auch schon zumutbar. Ich verstehe das Symbol, das man hier setzen will, das man hier geben will, aber es ist für einmal Ausgehen in Wien doch ein überschaubarer Anteil.

Stadtrat Pfeiler: **Abänderungsantrag**: Der Antrag in der gleichen Weise mit der Abänderung, der bisherige Kundenpreis soll für Fahrten von Wien nach Stockerau bei € 5,-- unverändert bleiben.

Abstimmung über Antrag von Stadtrat Pfeiler:

Beschluss: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	3
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	0

Abstimmung Tagesordnungspunkt V.a.7.)

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

**8.) Musikschule Stockerau – Neufestsetzung des Schulgeldes
ab dem Schuljahr 2019/2020**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Dummer: Das Schulgeld für die Musikschule der Stadt Stockerau soll ab dem Schuljahr 2019/2020 wie folgt neu festgesetzt werden. Es geht um eine Indexanpassung von rund 2,5%.

Schulgeld für Stockerauer:	€	bisher
für den Musik- und Schauspielunterricht: (ausgenommen Keyboard/E-Orgel)		
Einzelschüler, ganze Einheit (50 min.)	695	678
Einzelschüler, ganze Einheit (40 min.)	643	627
Einzelschüler, halbe Einheit (25 min.) oder Gruppenschüler (2er-Gruppe), ganze Einheit (50 min.)	456	445
Gruppenschüler (3er-Gruppe), ganze Einheit (50 min.)	400	390
Kurs (4 bis 8 SchülerInnen), ganze Einheit (50 min.)	353	344
für den Musikunterricht im Unterrichtsfach Keyboard/E-Orgel:		
Kurs, ganze Einheit (50 min.) mind. 4 SchülerInnen *)	353	344
für die musikalische Früherziehung:		
nur Klassenunterricht (50 min.) 1 Kind	353	344
für die Tanzausbildungsklassen:		
Ballett bzw. Jazz-dance 1 x wöchentlich (50 min.)	353	344
Ballett bzw. Jazz-dance 2 x wöchentlich (jew. 50 min.)	597	582
für den Chor:		
nur Klassenunterricht (50 min.)	290	283

Schulgeld für Auswärtige:	€	bisher
für den Musik- und Schauspielunterricht: (ausgenommen Keyboard/E-Orgel)		
Einzelschüler, ganze Einheit (50 min.)	873	852
Einzelschüler, ganze Einheit (40 min.)	781	762
Einzelschüler, halbe Einheit (25 min.) oder Gruppenschüler (2er-Gruppe), ganze Einheit (50 min.)	540	527
Gruppenschüler (3er-Gruppe), ganze Einheit (50 min.)	469	458
Kurs (4 bis 8 Schüler), ganze Einheit (50 min.)	426	416
für den Musikunterricht im Unterrichtsfach Keyboard/E-Orgel:		
Kurs, ganze Einheit (50 min.) mind. 4 SchülerInnen *)	426	416

für die musikalische Früherziehung:		
nur Klassenunterricht (50 min.) 1 Kind	426	416
für die Tanzausbildungsklassen:		
Ballett bzw. Jazz-dance 1 x wöchentlich (50 min.)	426	416
Ballett bzw. Jazz-dance 2 x wöchentlich (jew. 50 min.)	751	733
für den Chor:		
nur Klassenunterricht (50 min.)	290	283
Sondertarif für Projekte Bläser- bzw. Theaterklasse:		€
für den Musikunterricht:		
Gruppentarif variabel (2er bis 4er Gruppe)	180	176
für den Theaterunterricht:		
Kurs (4 bis 8 SchülerInnen), ganze Einheit (50 min.)	180	176

Das vorgenannte Schulgeld ist ein Jahresschulgeld und soll in zehn Monatsraten vorgeschrieben werden. Wird der Unterricht von einem Erwachsenen in Anspruch genommen, der gemäß dem NÖ Musikschulplan, LGBl. 5200/2 zum nicht geförderten Personenkreis zählt, so erhöht sich das angeführte Schulgeld um 100 %.

Ergänzungsfächer sind nicht kostenpflichtig, wenn der/die SchülerIn ein Hauptfach an der Musikschule besucht. Als Ergänzungsfächer gelten z.B. Ensembles, Orchester, Korrepetition, Theorie oder Chor.

*) Der Unterricht im Fach Keyboard/E-Orgel soll auch für Einzel- bzw. Gruppenschüler erteilt werden können, jedoch erhöht sich dadurch das Schulgeld wie folgt: G3 um 20 %, G2 um 50 % und E um 150 %.

weilers pro Schuljahr fällig:	€	bisher
Instandhaltungsbeitrag	11,70	11,40

Erlernt ein/e SchülerIn mehr als ein Instrument an der Musikschule Stockerau, so soll der Instandhaltungsbeitrag pro Schuljahr nur einmal zu entrichten sein.

Außerdem soll ab dem Schuljahr 2019/2020 die Gebühr für Leihinstrumente der Musikschule mit € 74,- (bisher € 72,-) pro Semester festgesetzt werden. Mangelinstrumente (z.B. Oboe oder Fagott) können weiterhin kostenlos verliehen werden.

Neben der Neufestsetzung der Schulgeldtarife sollen ab dem Schuljahr 2019/2020 auch die **Richtlinien für eine Schulgeldermäßigung** wie folgt angepasst werden:

1. Automatische Familienermäßigung:

Besuchen mehrere Mitglieder einer Familie die Musikschule, so ermäßigt sich das Schulgeld für das zweite Familienmitglied um 10 %, für ein drittes bzw. weiteres Familienmitglied um 20%. Dabei ist zu beachten, dass jeweils der/die SchülerIn mit dem höchsten Schulgeld als erstes Familienmitglied (=Vollzahler) gilt.

2. Einkommensabhängige Ermäßigung

Wenn das monatliche Familiennettoeinkommen (inkl. Familienbeihilfe und KAB) pro Kopf € 668,- (bisher € 652,-) nicht übersteigt, so ermäßigt sich das Schulgeld für das zweite Familienmitglied nicht um 10 %, sondern um 50 %.

3. Ermäßigung für zweites Instrument (Streich- oder Blasinstrument)

Eine Schulgeldermäßigung im Ausmaß von 50 % wird auch dann gewährt, wenn der/die SchülerIn ein zweites Instrument (Streich- oder Blasinstrument) erlernt. Bei besonders begabten SchülerInnen kann die Unterrichtserteilung für das zweite Instrument (Streich- oder Blasinstrument) kostenlos erfolgen, die Leitung der Musikschule muss jedoch davon die Hauptverwaltung schriftlich verständigen.

Für die vorstehend unter Punkt 2. und 3. angeführten Schulgeldermäßigungen ist ein schriftliches Ansuchen erforderlich. Der Musikschulleiter und der jeweilige Fachlehrer haben ihre Stellungnahme dem Ansuchen anzuschließen.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ich habe eine Anmerkung zum Thema einkommensabhängige Ermäßigung. Wir beschließen jedes Jahr diese Tarife und durch die Indexanpassung müssen sie naturgemäß erhöht werden. Mir bereitet es gerade im Bereich, wo man mit Kindern, Jugendlichen und Familien arbeitet, Sorge, dass viele Leute wirklich ausgeschlossen sind von Bildung und Kultur, vor allem wenn es um solche Beträge geht. Wenn jemand finanziell schwach ist, ist es eine Hürde € 40,- pro Monat auszugeben für Musikschulgeld. Wo spart man als erstes - sicher nicht beim Essen sondern bei Kunst, Kultur und leider auch bei Bildung. Daher hätte ich ein Appell, dass entweder wir jetzt, das ist aber zu kurzfristig, dass wir vielleicht im Sozial- und Bildungsausschuss darüber sprechen, wie man Menschen, die sich das nicht leisten können, unter die Arme greifen kann und zwar schon beim ersten oder einzigen Kind und nicht erst beim zweiten. Das ist ein Anliegen von uns.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

9.) Ankauf von Sonnensegeln

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Dummer: Der Ankauf von Sonnensegeln wäre dringend erforderlich und soll vom Gemeinderat genehmigt werden und zwar

Europakindergarten	1 Sonnensegel
Kolomankindergarten	1 Sonnensegel mit Steher
Klosterkindergarten	1 Sonnensegel mit Steher
Freibad	1 Sonnensegel mit Steher

Die aktuellen Kosten sind noch nicht bekannt. Wir haben zwar Anfragen gestellt, aber noch keine Angebote bekommen.

2015 wurde ein Sonnensegel mit € 900,- und 2014 mit € 1.000,- gekauft. Wenn man das zu Grunde legt, kann man davon ausgehen, dass diese Sonnensegel gemeinsam ca. € 5.000,- bis € 7.000,- kosten werden.

Beim Freibad ist die Anschaffung im VA 2019 vorgesehen.

Bei den Kindergärten gehört der Ankauf in einem Nachtragsvoranschlag aufgenommen.

Antrag: Der Gemeinderat wolle den Grundsatzbeschluss fassen, den Ankauf von Sonnensegeln für die oben genannten Bereiche zu genehmigen mit voraussichtlichen Kosten von ca. € 5000,- bis € 7.000,-.

Stadträtin Frithum: Ich befürworte natürlich diesen Antrag, weil er an und für sich aus meinem Ressort ist, praktisch überschneidend. Auch wenn die Kosten jetzt noch nicht feststellen, sollten wir dennoch den Grundsatzbeschluss fassen. Ich bitte Sie, den Grundsatzbeschluss von Herrn Dummer zuzustimmen, weil ich denke, aufgrund der hohen Temperatur sollten wir schon daran denken, dass wir wirklich unseren Stockerauer Kindern einen Schatten beim Spielen im Außenbereich geben sollten.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Natürlich werden wir auch zustimmen. Ich würde aber bitten, weil kein Amtsbericht vorlag, zumindest auch diesen Sachverhalt im Vorfeld darzustellen, damit man weiß, um was es geht. Ich habe heute nochmal nachgefragt und habe in der Verwaltung erfahren, dass es um Kindergärten und Freibad geht. Was ich mir dabei gedacht habe, wir haben immer in diesen Bildungs- und Sozialausschüssen darum gebeten, dass wir diese Sonnensegel bekommen. Weiters haben wir auch in der Vergangenheit immer davon gesprochen, bei den Spielplätzen darauf zu achten und auch gebeten, also ÖVP und GRÜNE zumindest, dass wir dort Sonnensegel haben. Ich glaube, damals war oft die Antwort, dass sie gestohlen werden oder kaputt gemacht werden. Vielleicht sollte man sich da etwas überlegen, wie man damit umgeht, dass das trotzdem dort ist. Z.B. am Abenteuerspielplatz kann man im Sommer nicht sein, es ist unerträglich. Ich glaube, die Familien bräuchten das schon. Gute Idee, dass die Sonnensegel jetzt beginnen. Mein Appell, dass überall, wo Kinder und ältere Leute sich aufhalten, Sonnensegeln angeschafft werden.

Gemeinderat Straka: Welche Farbe haben diese Sonnensegel?

Bürgermeisterin Völkl: Natur.

Gemeinderat Straka: Je heller desto besser. Das ist sehr wichtig.

Bürgermeisterin Völkl: Am Abenteuerspielplatz sind alle so in Naturfarbe.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

b.) Ref. V – Soziales, Gesundheit, Bildung und Integration

1.) Kindererholungsaktion 2019

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadträtin Frithum: Für die Kindererholungsaktion 2019 wird pro im Gemeinderat vertretenen Mandatar ein Betrag von € 50,-- als Subvention gewährt.

Insgesamt wird hierfür ein Betrag von € 1.850,-- aufgewendet.

Die Aufteilung:

ÖVP	€ 900,--	für	ASO
SPÖ	€ 550,--	für	div. Vereine, die Kindererholungsaktion machen
GRÜNE	€ 250,--	für	Sportunion und ASKÖ
FPÖ	€ 150,--	für	Lernen unter Sternen

Gemeinderätin Kamath-Petters: Da die Sportunion und ASKÖ hier in ihren Feriensportwochen auch immer Kinder aufnehmen, die finanzieller Unterstützung bedürfen, wollen wir zu gleichen Teilen die € 250,-- aufteilen auf die genannten Organisationen, also für jede € 125,--.

Gemeinderat Polacek: Wir werden die € 150,-- dem Lernen unter Sternen wieder zur Verfügung stellen.

Bürgermeisterin Vökl: Die Fraktion der ÖVP wird ihren Beitrag der ASO spenden. Wir haben heuer dort eine Ferienbetreuung. Damit es für die Eltern leistbar ist, wird die aus Spenden finanziert und wir werden unseren Betrag dazu geben.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

c.) Ref. VII – Umwelt, Au, Parkanlagen und Friedhof

1.) Reststoffdeponie Stockerau – Wartung und Wiederinbetriebnahme Gasfackel

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Pfeiler: Gemäß Kostenschätzung des Büro Dr. Lengyel ZT GmbH. ergeben sich für die Errichtung einer neuen Gasfackelanlage mit Gasverdichterstation Kosten in der Höhe von € 172.450,--.

In Folge der Zustandsüberprüfung durch Fachfirmen wurde entschieden, dass keine neue Fackelanlage ausgeführt werden muss, sondern die bestehende Gasfackelanlage, aufgrund der geringen Betriebsstunden und technischen Ausführung, gewartet und wieder in Betrieb genommen werden kann.

Für die Wartung und Inbetriebnahme der bestehenden Gasfackelanlage wurde von der Deponieaufsicht DI Matthias Stracke ZT GmbH. ein Angebot von der Fa. Schubert Electric Innovation als Generalunternehmer eingeholt.

Die Wartung und Wiederinbetriebnahme der bestehenden Gasfackelanlage umfasst im Wesentlichen drei Komponenten:

- Deponiegasaufbereitung E-Technik
- Drehkolbengebläse (Revision)
- Gasfackel (Revision)

Gemäß dem Angebot vom 19.03.2019 ergeben sich Kosten für die Wartung und Wiederinbetriebnahme der Gasfackel in der Höhe von € 34.032,67 netto.

Bei der Gegenüberstellung der geschätzten Kosten von € 172.450,-- netto bei einer Neuerrichtung gegenüber der Wartung ergibt sich somit ein Einsparungspotential von € 138.417,33 netto.

Da die angefragten Firmen die vorhandene Anlage kennen, werden Alternativangebote – sofern diese überhaupt zu bekommen wären – nicht gleichwertig und mit höheren technischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten behaftet.

Gemäß Schreiben der Deponieaufsicht DI Matthias Stracke ZT GmbH. ist die Durchführung der Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten durch andere Firmen technisch nicht zielführend und nicht zu empfehlen.

Die Gültigkeit des von der Fa. Schubert angebotenen Preises wird nach Rücksprache mit der Deponieaufsicht bis Ende Juni 2019 verlängert.

Antrag: Gemäß dem Schreiben der Deponieaufsicht DI Mattias Stracke ZT GmbH. vom 06.05.2019 soll aufgrund der erheblichen Kostendifferenz zu einem Anlagen-Neubau die Wiederinbetriebnahme der bestehenden Gasfackelanlage erfolgen.

Für die Wartung und Wiederinbetriebnahme der Gasfackel wird die Firma Schubert Electric Innovation gemäß dem Angebot vom 19.03.2019 mit der Nettoauftragssumme von € 34.032,67 beauftragt.

Das Vorhaben ist im a.o.HH. unter dem Vorhaben 14 Mülldeponie budgetiert und kann aus dem für den Zweck des Deponieabschlusses im Gemeinderat am 28.03.2018 beschlossenen Darlehen in der Höhe von 3,27 Mio. durch Zuzählung bedeckt werden.

Gemeinderat Gaida: Ich hätte gern gewusst: Wie lange steht schon die Anlage? Wieviel Gas fällt jährlich an bzw. kann man da prüfen, ob man das Gas nutzen kann zur Stromerzeugung.

Stadtrat Pfeiler: Zu den genauen Mengen kann ich dir jetzt keine Auskunft geben. Wir haben im Ausschuss auch kurz darüber diskutiert, dass man sich anschaut, ob man dieses Gas auch energetisch nutzt. Da hast du bereits, Herwig, eine erste Abklärung einmal vorgenommen, auf der Basis können wir weiter arbeiten und schauen, ob wir das entweichte Methangas besser nützen können als es zu verbrennen. Für diese Abklärung bin ich gerne bereit und es ist sicher sinnvoll, das zu prüfen.

Gemeinderat Gaida: Wie lange steht die Anlage schon?

Fachpersonal Stadler: Ca. 8 oder 9 Jahre bzw. länger Sie hat sehr wenige Betriebsstunden.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

2.) Reststoffdeponie Stockerau – Vergabe der Regenwasser-Kanalisation

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Pfeiler: Von der Stadtgemeinde Stockerau wurden im Mai 2018 Erd- und Baumeisterarbeiten sowie Kanalbau- und Leitungsarbeiten für die Regenwasserkanalisation bei der Sortieranlage im Abfallbehandlungszentrum der Stadtgemeinde Stockerau im nicht offenen Verfahren ausgeschrieben.

Im Zuge dieser Kanalbauausschreibung erfolgte die Ankündigung, dass zusätzliche Kanalbauarbeiten für die Oberflächenabdeckung für die Reststoffdeponie Stockerau im Anhängerverfahren beauftragt werden sollen.

Die gegenständliche Angebotseinholung umfasst nunmehr die Leistungen, welche bereits in der Ausschreibung vom Mai 2018 namentlich und im groben Umfang aufgelistet waren.

Das Leistungsverzeichnis wurde vom Büro Dr. Lengyel ZT GmbH. nunmehr detailliert verfasst und entsprechend dem angekündigten Anhängerverfahren die Fa. Wibeba Bau GesmbH., 1110 Wien, als Bestbieter zur Angebotslegung aufgefordert.

Das am 30.04.2019 von der Fa. Wibeba übermittelte Angebot mit der Angebotssumme von € 182.206,88 wurde vom Büro Dr. Lengyel einer detaillierten Prüfung unterzogen.

Bei dieser Prüfung wurde der Anteil der zeitgebundenen Baustellenregie gemäß Ursprungsangebot vom Juni 2018 von 12,61% auf 11,54% ausgepreist.

Aufgrund dieser Reduktion ergibt sich somit eine neue Angebotssumme in der Höhe von € 180.483,60.

Gegenüber der Kostenschätzung ergeben sich Mehrkosten in der Höhe von € 28.283,60, wobei diese Mehrkosten aufgrund der bereits erfolgten Bauvergabe für die Deponieflächenabdeckung gedeckt sind.

Antrag: Gemäß dem Prüfbericht des Büro Dr. Lengyel ZT GmbH. wird die Fa. Wibeba Bau GesmbH., 1110 Wien, mit den erforderlichen Leistungen für die Regenwasserkanalisation der Deponieflächenabdeckung mit einer Nettoauftragssumme in der Höhe von € 180.483,60 beauftragt.

Die Bedeckung des Vorhabens entspricht dem des vorangegangenen Beschlussantrages.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Stimmhaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

3.) Reststoffdeponie Stockerau – Auftragsvergabe Pumpwerke maschinelle Ausrüstung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Pfeiler: Im Rahmen der bereits in Arbeit befindlichen Deponieflächenabdeckung der Reststoffdeponie Stockerau besteht die Erfordernis, für das Sickerwasserpumpwerk und für die Regenwasserpumpwerke entsprechende Pumpen zu installieren.

Das Detailprojekt für die erforderlichen Pumpwerke wurde vom Büro Dr. Lengyel ZT GmbH. ausgearbeitet und das Leistungsverzeichnis für die maschinelle und elektrotechnische Ausrüstung erstellt.

Die Angebotseinholung erfolgte unter Einhaltung der Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes und des Vergabe-Rechtsschutzgesetzes des Landes in der geltenden Fassung.

Die Vergabe erfolgt im Sinne der Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes zu Bestpreisen für ein Jahr.

Zum Angebotsabgabetermin am 12.06.2019 15.00 Uhr sind Angebote von der Firma GWT-Gesellschaft für Wasser- und Wärmetechnik, 2544 Leobersdorf und Firma Forstenlechner Installationstechnik GmbH., 4320 Perg eingelangt.

Von der dritten geladenen Firma XYLEM ist kein Angebot eingelangt.

Das Angebotsergebnis stellt sich wie folgt dar:

	Angebotssumme netto
Fa. GWT, 2544 Leobersdorf	€ 73.834,70
Fa. Forstenlechner, 4320 Perg	€ 77.766,25

Antrag: Aufgrund der erfolgten Ausschreibung der maschinellen und elektrotechnischen Ausrüstung für das Sickerwasserpumpwerk und für die beiden Regenwasserpumpwerke durch das Büro Dr. Lengyel ZT GmbH. wird die Firma GWT-Gesellschaft für Wasser- und Wärmetechnik, Leobersdorf mit der Angebotssumme in der Höhe von € 73.834,70 netto beauftragt.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

d.) Ref. VIII – Verkehr, Infrastruktur und Straßen

1.) Aufgrabungsrichtlinien 2019 der Stadtgemeinde Stockerau

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Hödl: Die Aufgrabungsordnung 1999 ist in die Jahre gekommen und soll durch die Aufgrabungsrichtlinien 2019 für die Stadtgemeinde Stockerau ersetzt werden.

Seit der Beschlussfassung über die letzte Aufgrabungsordnung 1999 ist nicht nur einige Zeit vergangen, sondern hat sich auch der technische Stand im Straßenbau durchaus verändert. Wir gehen jetzt tatsächlich in eine vierjährige Planungsphase für den Straßenbau über. D.h. es gibt im Jahr 1 eine Straßenzustandserhebung, im Jahr 2 Straßenplanung, im Jahr 3 sollen die Einbauten verlegt

werden und erst im 4 Jahr, und das mit einer guten Planbarkeit, die Sanierung der Straßenoberfläche. Nachdem es eine bessere Planbarkeit gibt für Leitungsträger, wollen wir ihnen auch ein wenig mehr an Pflichten auferlegen.

Zwei Punkte daraus: Bei Gehsteigen, Gehwegen und Radwegen werden die Leitungsbetreiber nunmehr verpflichtet, bei Breiten auf Verkehrsflächen unter 2,50 m die gesamte bituminöse Konstruktion zu erneuern, d.h. Gehwege, Radwege und Gehsteige werden kein Fleckerlteppich mehr sein.

Was jetzt auch neu detailliert geregelt ist, ist die Bauführung in öffentlichen Grünflächen, da vor allem der Baumschutz und Wurzelschutz, damit die Bäume entsprechend geschützt sind.

In der Ausgabe 2019 wurden sämtliche Richtlinien, Normen und Gesetze für Aufgrabungen im Stadtgebiet Stockerau und seinen KGs dem heutigen Stand angepasst.

Durch diese Richtlinien sollen die Aufgrabungen, Minierungen oder Bohrungen oder sonstige Baumaßnahmen im Bereich von öffentlichen Verkehrsflächen, darunter oder unmittelbar angrenzenden und den dazugehörigen Anlagen, der verschiedenen Leitungsberechtigten und Einbautenträger koordiniert, eine zweckmäßige Nutzung des unterirdischen Straßenraumes erleichtert und die sachgemäße Wiederherstellung der in Anspruch genommenen Flächen nach Abschluss der Bautätigkeiten sichergestellt werden.

Die Aufgrabungsrichtlinien der Stadtgemeinde Stockerau heben keine Vorschriften der umfangreichen Gesetzgebungen, Normen oder Richtlinien auf, dienen als Leitfaden unter Angabe der Zuständigkeiten, speziell für Bauleistungen im öffentlichen Verkehrsraum, sowie im Bereich von Grünanlagen und Baumbeständen im Stadtgebiet von Stockerau.

Als Grundlagen wurden, neben Gesetzgebungen, Normen oder Richtlinien, die Richtlinien der Stadt Wien, Graz, Tulln und Korneuburg herangezogen und wurden den Gegebenheiten in Stockerau und den Zuständigkeiten in Stockerau angepasst.

Sämtliche internen und externen Einbautenträger haben bereits einen Vorabzug zur Stellungnahme erhalten und zur Kenntnis genommen.

Antrag: Die Aufgrabungsordnung 1999 wird durch eine neue Ausgabe – Aufgrabungsrichtlinien 2019 Stadtgemeinde Stockerau ersetzt und haben ab sofort ihre Gültigkeit.

Auf diese neuen Richtlinien wird in den Bescheiden und Verordnungen der Stadtgemeinde Stockerau ein Hinweis angeführt. Die Ausgabe 2019 wird am Bauamt aufliegen und zusätzlich wird ein Download auf der Homepage ermöglicht.

Die Aufgrabungsrichtlinien der Stadtgemeinde Stockerau heben keine Vorschriften der umfangreichen Gesetzgebungen, Normen oder Richtlinien auf, dienen als Leitfaden unter Angabe der Zuständigkeiten, speziell für Bauleistungen im öffentlichen Verkehrsraum, sowie im Bereich von Grünanlagen und Baumbeständen im Stadtgebiet von Stockerau.

Stadtrat Pfeiler: Danke für die Erarbeitung dieser Aufgrabungsrichtlinien. Es freut mich, dass jetzt auch der Baumschutz und der Umgang mit öffentlichen Grünanlagen besser geregelt sind. In der Vergangenheit war auch zu beobachten, dass man halt in Grünanlagen hineingegangen ist und wenn die Bauarbeiten vorbei waren, war dann das Thema Wiederherstellung der Grünanlage und Wiederbepflanzung oft unklar. Sehr positiv ist auch, dass die Verpflichtung entsteht, auch die Geh- und Radwege wieder herzustellen. Da hat man ja auch derzeit das Gefühl, dass oft die Fahrbahn recht rasch wieder hergestellt wird und der Gehsteig und der Radweg kommt halt dann irgendwann zwei Jahre später. Das ist auch sehr positiv zu vermerken. Ein großer Wunsch von uns, wir haben es eh kurz diskutiert, es kann nicht hier hinein gepackt werden, aber wir halten es für extrem wichtig und zwar, dass wir uns auch Regeln geben dafür, wie wir mit Bautätigkeiten entlang von Gehsteigen umgehen wollen. Da sind einfach sehr oft und sehr leichtfertig die Gehsteige mitten im Stadtzentrum gesperrt worden. Hier wäre es uns ein großes Anliegen, dass wir uns Regeln geben, dass bei Gehsteigsperrungen im Stadtzentrum Ersatzgehsteige vorgenommen werden.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	1 (Osmanovic)
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	9
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

2.) Straßenbauarbeiten Ausschreibung 2016/2020 – Vergabe von Leistungen für 2019

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Hödl: Die Straßenbauarbeiten für die Bausaisonen 2016 bis 2020 wurden durch das ZT Büro Prem ausgeschrieben.

Aufgrund der Überprüfung der Befugnisse, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit sowie der rechnerischen Prüfung der Angebote, des Vergleichs der einzelnen Leistungspositionen untereinander (Preisspiegel) und aufgrund der Angebotsprüfung, gemäß ÖNORM A2050, Pkt. 7.3.6, war für die gegenständliche Ausschreibung die anbietende Firma Strabag AG, Tullner Straße 341, 3464 Hausleiten mit einer Angebotssumme von € 2.517.023,23 brutto die Erstgereichte, und wurde zur Vergabe herangezogen.

Für die vergangenen Jahre wurde Aufträge in der Höhe von insgesamt € 1.674.664,16 brutto gemäß der letzten Teilrechnung vom 07.01.2019 vergeben und ausgeführt.

Für 2019 sind folgende Leistungen geplant:

1. Frostaufbrüche	€ 100.000,--
2. Kleinbaustellen	€ 100.000,--
3. Primelweg Asphaltband	€ 15.000,--
4. Unterzögersdorf Siedlungsgebiet Klimeschstraße	€ 100.000,--
5. Leitzersbrunn Meierhofweg	€ 55.000,--
6. Oberzögersdorf neue Siedlung Asphaltband	€ 150.000,--
7. J. Sandhoferstraße Asphaltband	€ 190.000,--
8. Uhlirzstraße Verlängerung Asphaltband	€ 21.000,--
9. J. Wolfikstraße Schaumannngasse/Pragerstraße aus 2018	€ 90.000,--
10. A22 Mitte Zubringer Sanierung Fahrbahn	€ 25.000,--
11. Oberzögersdorf Am Sechtelbach Nebenanlagen	€ 125.000,--
12. Schießstattgasse Feuerbestattung Vereinbarung 2018	€ 32.500,--
	<u>€ 1.003.500,--</u>

Eine Bemerkung dazu: Es findet sich da keine gesonderten Radwege. Ich habe ersucht, hier entsprechende Vorkehrungen vorzusehen bzw. gewisse Bereiche unbedingt aufzunehmen. Es ist dazu auch schon vorgesehen, eine Besprechung mit Ing. Els, StR Pfeiler, Ing Schwarzer und mir abzuhalten, weil die Wurzeln der Bäume nicht unbedingt 180° heißes Mischgut vertragen, um hier eine schonende Vorgehensweise treffen zu können.

Seitens der Stadtgemeinde Stockerau wird an einer längerfristigen Planung für zukünftige Baulose im Straßenbau für voraussichtlich vier bis fünf Jahre gearbeitet und soll die Planung nach Fertigstellung dem Gemeinderat vorgestellt werden.

Mit diesem vier bis fünf Jahres-Plan sollen Projekte besser vorbereitet und umgesetzt werden können. Im Zuge von Einbautenbesprechungen, mit allen internen und externen Einbautenträger, soll die Infrastruktur rechtzeitig abgestimmt werden können, um einen reibungslosen Ablauf der Baulose, ob Kleinbaustelle oder Generalsanierung gewährleisten zu können.

Antrag: Die Firma Strabag AG, Tullner Straße 341, 3464 Hausleiten wurde aufgrund der Ausschreibung 2016 für diverse Bauleistungen in der Höhe von € 2.517.023,23 brutto für die Jahre 2016 bis 2020 beauftragt.

Für 2019 sind folgende Leistungen geplant:

1. Frostaufbrüche	€ 100.000,--
2. Kleinbaustellen	€ 100.000,--
3. Primelweg Asphaltband	€ 15.000,--
4. Unterzögersdorf Siedlungsgebiet Klimeschstraße	€ 100.000,--
5. Leitzersbrunn Meierhofweg	€ 55.000,--
6. Oberzögersdorf neue Siedlung Asphaltband	€ 150.000,--
7. J. Sandhoferstraße Asphaltband	€ 190.000,--
8. Uhlirzstraße Verlängerung Asphaltband	€ 21.000,--
9. J. Wolfikstraße Schaumannngasse/Pragerstraße aus 2018	€ 90.000,--
10. A22 Mitte Zubringer Sanierung Fahrbahn	€ 25.000,--
11. Oberzögersdorf Am Sechtelbach Nebenanlagen	€ 125.000,--
12. Schießstattgasse Feuerbestattung Vereinbarung 2018	€ 32.500,--
	<u>€ 1.003.500,--</u>

Der Rahmenvertrag mit der Fa. Strabag würde bereits mit heurigen Jahr die Ausschreibungssumme geringfügig überschreiten.

Gemäß dem Bundesvergabegesetz 2006 in der im Jahre 2016 gültigen Fassung können laut §28 (2) 4 bzw. 5 zusätzliche Bauleistungen bis zu 50% der Gesamtausschreibung vergeben werden.

Ein Zusatzpunkt zu diesem Antrag ist, dass diese Maßnahmen nur umgesetzt werden können, wenn wir auch beantragte Bedarfszuweisungen wirklich bekommen. D.h. der Beschluss für diese Vergabe ist vorbehaltlich der entsprechenden Mittel, die wir nicht nur selber aufbringen sondern auch vom Land NÖ hoffentlich bekommen werden.

Stadtrat Pfeiler: Sehr positiv ist, das hier im Amtsbericht auch ausgeführt ist, das hier die Straßenbauarbeiten für die nächsten 4 – 5 Jahre längerfristig geplant werden sollen. Das ist ein wirklich sehr positiver Ansatz und der ist absolut notwendig und da freut es mich, wenn auch hier in diesem 4 – 5 Jahresplan dann eben auch Investitionen für Fußgänger und Radwegenetz enthalten sein werden. Ganz wichtiges Anliegen ist mir auch, und das hängt mit dem Straßenbau eng zusammen, dass wir in diesem Arbeitspaket auch die Sanierung und Neuerrichtung von Alleen in bestehenden und neuen Siedlungsgebieten miteinplanen. Da gibt es eben sehr viele Baumscheiben, die schon defekt sind, wo die Baumscheiben schon zu klein sind. Also, wenn wir hier längerfristig planen, dann sollten neben den Fußgängern und Radfahrer auch die Alleen - unsere Schattenspende und Standklimaanlage - mitberücksichtigt werden.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

3.) Straßenbaulose mit dem Land NÖ - Grundsatzbeschluss

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Hödl: Seitens der Stadtgemeinde Stockerau wird an einer längerfristigen Planung zukünftiger Straßenbaulose für die nächsten fünf Jahre gearbeitet. Nach Fertigstellung und Abstimmung dieser Planung mit den Dienststellen des Amtes der NÖ Landesregierung wird der Gemeinderat informiert bzw. soll ein Beschluss gefasst werden.

Bereiche, wie Kreuzungen zwischen Gemeindestraßen mit Landesstraßen oder Nebenanlagen entlang von Landesstraßen, berühren die Interessen beider Körperschaften.

Aus diesem Grund wurden bereits Gespräche mit der NÖ Straßenbauabteilung I Hollabrunn und der Straßenmeisterei Sierndorf geführt.

Folgende Projekte sind beabsichtigt:

- Errichtung eines Kreisverkehrs an der Krzg. B3 Ed. Röschstraße/L26 Stögergasse/Grafendorferstraße inklusive Umgestaltung.
- Errichtung eines Kreisverkehrs an der Krzg. B3 Hornerstraße/R. Dieselstraße/Zum Wiesfeld.
- Sanierung der Gemeindestraße Jesserniggstraße und Industriestraße und Abtretung an das Land NÖ bzw. Übernahme des Bereiches Wiesenerstraße von der Krzg. Wiesenerstraße/Industriestraße bis Kreisverkehr Wiesenerstraße/Wienerstraße.

Die Straßenbauabteilung I Hollabrunn und die Straßenmeisterei Sierndorf werden bei der Umsetzung der Bauvorhaben die Stadtgemeinde dahingehend unterstützen, dass die Planungen, Ausschreibung und die Ausführung durch die NÖ Landesregierung erfolgen werden.

Für diese Unterstützung muss die Stadtgemeinde Stockerau ein entsprechendes Ansuchen an die Landeshauptfrau stellen. Im Zuge der nächsten Besprechung mit der Abteilung ST4 Landesstraßenbau und –verwaltung der NÖ Landesregierung wird die weitere Vorgangsweise zur Umsetzung der Projekte festgelegt.

Antrag: Für die Realisierung folgender Projekte wird der Grundsatzbeschluss über die Art der Ausführung und die Umsetzung gefasst:

- Errichtung eines Kreisverkehres an der Krzg. B3 Ed. Röschstraße/L26 Stögergasse/ Grafendorferstraße inklusive Umgestaltung.
- Errichtung eines Kreisverkehres an der Krzg. B3 Hornerstraße/R. Dieselstraße/Zum Wiesfeld.
- Sanierung der Gemeindefstraßen Jesserniggstraße und Industriestraße und Abtretung an das Land NÖ bzw. Übernahme des Bereiches Wiesenerstraße von der Krzg. Wiesenerstraße/Industriestraße bis Kreisverkehr Wiesenerstraße/Wienerstraße.

Die Bauleistungen zur Umsetzung der Projekte werden durch die Straßenmeisterei Sierndorf unter Unterstützung der Straßenbauabteilung I Hollabrunn ausgeführt.
Entsprechende Unterstützungserklärungen an die Frau Landeshauptfrau werden verfasst.

Über die Kostenteilung und den Terminablauf wird der Gemeinderat gesondert informiert.

Stadtrat Pfeiler: Die Projekte sind ziemlich positiv zu beurteilen. In der Vergangenheit war es oft so, dass kleine Neben- und Restflächen geplant wurden, wo sich dann herausgestellt hat, dass diese in der Erhaltung und in der Pflege für den Bauhof sehr intensiv und schwierig sind und solche kleinen Rest- und Zwickelflächen dann auch eigentlich nicht die Wirkung haben, die wir uns von Grünflächen erwarten. D.h. da sollte bitte bei all diesen Projekten, die wirklich sinnvoll sind, von Anbeginn der Bauhof bei der Gestaltung dieser Grünanlagen, die hier auch mitentstehen werden, frühzeitig miteinbezogen werden.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Stimmhaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

4.) Dringlichkeitsantrag – Beauftragung Energieberater Mario Hölzl für Umrüstung Straßenbeleuchtung auf LED

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Hödl: Ich habe es schon in meinem Dringlichkeitsersuchen kurz dargestellt.

Mit Herrn Mario Hölzl, selbständiger Energieberater im Auftrag der Energie- & Umweltagentur NÖ, soll ein Beratervertrag entsprechend den Richtlinien der Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft (RU3) des Amtes der NÖ Landesregierung abgeschlossen werden.

In Stockerau sind rund 1.400 Lichtpunkte auf LED umgerüstet. Der größtmögliche Teil der verbleibenden rund 1.600 Lichtpunkte soll im Rahmen des genehmigten Budgets aus Gründen der Energieeffizienz und der damit verbundenen nachhaltigen Einsparungen zeitnah umgerüstet werden.

Für die Umrüstung gibt es eine Landesfinanzsonderaktion im Ausmaß von € 100,- sowie eine von der KPC abgewickelte Förderung von € 15,- bzw. € 30,- je Lichtpunkt je nach technischer Ausgestaltung sowie allenfalls noch eine Bedarfszuweisung des Landes NÖ die über die Energie- & Umweltagentur abgewickelt wird.

Bedingung des Förderregimes ist die Beiziehung eines Energieberaters, wie dies auch in der ersten Umrüstungswelle der Fall war. Gefördert werden maximal 10 Beratertage zu einem Preis von € 720,-/Beratertag. Die Beratungsleistung ist vorerst vollständig zu bezahlen und werden über die Energie- & Umweltagentur NÖ 75% der Kosten binnen 4 Wochen nach Antragstellung refundiert. Seitens der Energie- & Umweltagentur NÖ, die die Gemeinde am Weg zu mehr Energieeffizienz und damit zu CO₂- und Kosteneinsparungen begleitet, wurde Herr Mario Hölzl als Spezialist für Straßen- und Innenbeleuchtung, Beratung von Gemeinden zur technischen Umsetzung und Fördermöglichkeiten, Energieeffizienz als Energieberater zugewiesen. Die Sätze der Beratertage sind im Regime der Energie- & Umweltagentur NÖ einheitlich.

Die Umsetzung der Umrüstung im Rahmen des genehmigten Budgets soll umgehend in Angriff genommen werden um die oben beschriebenen Förderungen lukrieren zu können.

Antrag: Herrn Mario Hölzl, Energieberater mit Schwerpunkt Straßen- und Innenbeleuchtung, Beratung von Gemeinden zur technischen Umsetzung und Fördermöglichkeiten, Energieeffizienz mit einem maximalen Ausmaß von 10 Beratertagen á € 720,-- unter der Bedingung zu beauftragen, dass diese Energieberatung zu 75% gefördert werden und somit für die Gemeinde ein Aufwand von € 1.500,-- nach Förderabwicklung verbleibt.

Stadtrat Pfeiler: Die Initiative ist sehr zu begrüßen und sehr positiv. Meine Bitte wäre sozusagen, dass wir die Erfahrungen aus der ersten Umstellungsphase mitnehmen in Bezug auf die Lichtfaser der LEDs. Da gibt es ja auch Unterschiede. Da ist aus das Bedürfnis gekommen aus der Bevölkerung, das wir wärmere Töne nehmen sollen. Ich glaube, wir haben jetzt neutralweiß, dass wir da auf warmweiße Farbe gehen. Das zweite ist das Thema, den Lichtkegel bei der Modellauswahl der Leuchtmittel, die dann zum Einsatz kommen, doch noch einmal ganz genau anzuschauen, damit wir die hauptsächlich auf der Straße haben und die Abstrahlungen nach der Seite in die privaten Grundstücke und Häuser hinein möglichst gering sind. Aber grundsätzlich positiv die Initiative.

Stadtrat Hödl: Vielleicht noch ganz kurz dazu. Der Sigi Gaida und ich waren ja bei Herrn Ehn. Herr Ehn hat genau auf die Themen verwiesen, die du jetzt gesagt hast, zusätzlich noch mit der Frage bezüglich Rad- und Schutzwege, ob die hohe Beleuchtung haben sollen, um sie noch besonders hervorzuheben. Herr Ehn wird alles einbauen entweder wird alles einbauen und im Versuch einmal schauen, wie das jetzt wirklich passt. Er hat die Erfahrungen aus der ersten LED-Phase und wird dies berücksichtigen.

Gemeinderat Rosenberger: Einen Teil hat Didi mittlerweile schon hinterfragt und beantwortet bekommen. Ich habe nur eine Frage: In deiner Stellungnahme hast du gesagt, die Förderung läuft aus, das ist mir klar, deswegen auch dieser Antrag. Du hast aber auch etwas gesprochen, dass sie abgelöst wird durch eine Smart-LED-Förderung. Was steckt da dahinter?

Stadtrat Hödl: Das ist noch nicht fix. Es ist ziemlich wahrscheinlich oder ziemlich sicher, dass diese Förderung in dem jetzigen Programm ausläuft. Es ist aber noch nicht fix, wie ein neues Förderprogramm aussehen wird. Wir hatten Gespräche mit der Energie- und Umweltagentur, wo das als eine der Möglichkeiten eben genannt wurde, wie das zukünftig aussehen könnte mit allen Schwierigkeiten, die smarte Lösungen aber auch mit sich bringen würden. Aber das ist jetzt einmal das Programm, das jetzt gefördert wird. Wir wissen nicht, was für ein Programm kommt, in welcher Höhe gefördert wird und deswegen ist es eben unser Anliegen, dass wir das jetzt rasch machen, solange noch Fördertöpfe da sind, die wir wirklich brauchbar für uns ausschöpfen können, weil wenn irgendwelche smarten Lösungen gefördert werden, die wesentlich mehr kosten und wo man dann nicht einmal wissen, ob wir das überhaupt technisch schaffen. Deswegen der sichere Weg jetzt einmal das umzusetzen.

Gemeinderat Rosenberger: Damit stellen wir den Rest der Lichtpunkte alle um.

Stadtrat Hödl: Im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets.

Gemeinderat Pollak: Ich habe verstanden, die Beauftragung dieses Energieberaters ist notwendig, um die Förderung zu erhalten. Wird er über die Ermöglichung der Förderung hinaus noch weitere Beratungstätigkeiten für uns ausführen oder beschränkt sich das darauf?

Stadtrat Hödl: Das, was jetzt einmal in diesem Gemeinderatsantrag drinnen ist, ist jetzt für die Förderung dieser Lichtpunkte erforderlich ist. Alles Weitere werden wir sehen. Wir haben auch diese Besprechung in Bezug auf e5. Es wird vielleicht nicht dieser Energieberater noch zusätzlich notwendig sein, aber zum ganzen Themenbereich Energieeffizienz wird es noch Bedarf geben. Das ist aber in einem ganz anderen Programm angesiedelt. Da werden wir gesondert entsprechend informieren. Wenn wir in diesem Themenbereich sind, wird sich auch der Gemeinderat damit befassen werden

Gemeinderätin Kamath-Petters: Es sind 1.600 Lichtpunkte ausständig. Weiß man, wie viele von diese € 180.000,-- Förderung dann ungefähr adjustiert, optimiert werden können von diesen 1.600 circa?

Stadtrat Hödl: Das hängt vom Ausschreibungsergebnis ab oder was die Lichtpunkte kosten. Ich glaube, die alten Lichtpunkte waren bei € 220,--.

Gemeinderat Gaida: € 220,--, dann € 100,-- und € 180,-- von KPC, da haben wir allerdings nur die Kofferleuchten getauscht, die ganz einfachen Leuchten. Diese etwas mehr kostet. Genau wissen wir es nicht.

Stadtrat Hödl: Das sind eben diese alten klassischen Leuchten die jetzt von unten, die umgebaut werden, dass sie von oben runter strahlen. Wir haben ein Budget, das wir zur Verfügung haben, das wir sehr gerne ausschöpfen werden, aber alles wird es nicht sein.

Gemeinderat Gaida: Tatsache ist, wenn wir es nicht tun, bezahlen wir jetzt für die nicht bestehenden und nicht LED-Lampen über € 100.000,-- an Stromkosten jährlich mehr.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	10
	GRÜNE	5
	FPÖ	3

Dringlichkeitsantrag

- **Dringlichkeitsantrag von 2. Vizebürgermeister Holzer – Neuer Stadtsaal und Büroerweiterung Rathaus Stockerau**

2. Vizebürgermeister Holzer: Die Begründung wurde zu Beginn der Sitzung gesagt. Ich ersuche wirklich um Zustimmung, weil ich glaube, es ist die letzte Chance, dass die Stadtgemeinde Stockerau einen Saal und Büros mit direktem Zugang zum Rathaus bekommt. Wie wir alle wissen und alle Fraktionen unglücklich sind mit der jetzigen Situation des alten historischen Sitzungssaals, der wunderschön ist. Die SPÖ wollte schon damals das Nachbarhaus kaufen und als Nutzung der Stadtgemeinde als Nachbarliegenschaft zuführen. Das ist damals nicht gelungen. Jetzt ist es gelungen, dass sich der Eigentümer bereit erklärt hat, für die Stadtgemeinde Stockerau zu planen, um eben einen neuen Sitzungssaal mit darüber liegenden Büros zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, es ist wirklich eine sehr gute Sache, eine tolle Sache. Wenn man sich manche Büros anschaut, es geht jetzt nicht nur um den Saal sondern auch um Büros - Abgabnamt und so, wo mehrere Personen auf ein paar Quadratmeter sitzen. Wir reden auch viel von Bürgerbeteiligung. Mit diesem neuen Saal könnte man das Rathaus wirklich auch für Bürger öffnen, nicht nur mit dem historischen Saal, den es auch weiter geben wird und weitergeben soll für Sitzungen, so hoffe ich, und für Hochzeiten, sondern auch mit einem modernen, zeitgemäßen Saal.

Ich stelle den

Antrag

gestellt,

der Gemeinderat der Stadt Stockerau möge mit der Müllner Immo und Partner - Rathausplatz GmbH eine Mietvereinbarung betreffend eines Sitzungssaales und Büroräumlichkeiten in der Nachbarliegenschaft abschließen. Es steht eine Gesamtfläche von 332,36 m² mit einer Nettomiete von € 11,- pro Quadratmeter, ergibt € 3.656,- pro Monat exklusive Betriebskosten laut beiliegendem Mietangebot vom 24.06.2019 zur Verfügung. Weiters soll das Architekturbüro NO Architects Fürtnner und Tonn mit der Planung und Ausschreibung sowie der Bauaufsicht eines behindertengerechten Zugangs samt Nebenräume über das Rathaus laut beiliegendem Angebot vom 18.06.2019 beauftragt werden.

Das Rathaus ist behindertengerecht, aber mit dem einen Aufzug sind bei weitem nicht alle Räumlichkeiten behindertengerecht zu erreichen. Mit dem zweiten Aufzug, mit dem behindertengerechten Zugang könnte man die Qualität für unsere Bürger erweitern.

Stadtrat Koll verlässt die Sitzung (21:05 Uhr).

1. Vizebürgermeister Falb: Wir werden dem Antrag nicht zustimmen und das, obwohl ich ihm mit jedem Wort von Othmar, um das auch hier zu sagen, beipflichte. Es ist nur ganz einfach das falsche Projekt zur falschen Zeit. Wir haben nicht einmal noch das Ergebnis der Gebarungseinschau. Es ist wirklich blöd, dass wir das in Wahrheit jetzt entscheiden müssen. Was evident, und da gebe ich auch dem Othmar recht, ist, dass wir dringend eine Verbesserung im Bereich der Sitzungsinfrastruktur brauchen. Ich glaube, dass wir hier schon eine erste Verbesserung haben. Wir brauchen noch eine Übertragungsanlage, weil man auf digitalem Weg heute das Protokoll bereits verfassen kann. So eine Anlage werden wir uns mittelfristig auch anschaffen müssen. Wir wollen auch ein Streaming der Gemeinderatssitzungen. Da haben wir eigentlich für den kommenden Herbst vor, dass man gemeinsam einen Piloten jedenfalls startet. Natürlich, und auch da bin ich bei dir, kann man sich als Stadtgemeinde aller long nicht einmieten.

Wie gesagt, wahr aber falscher Zeitpunkt. Wo ich nicht mit dir übereinstimme, ist die Aussage, das wäre die letzte Chance. Ich glaube, dass es sowohl im Rathaus bzw. allenfalls im Objekt Rathausplatz 16, das ja auch mittelfristig zu entwickeln durch die KIG ist, Chancen gibt, möglicherweise auch auf bereits bestehenden Gemeindeflächen. Die räumliche Nähe zu den Amtsräumlichkeiten des Rathauses muss auf alle Fälle gewährleistet sein, weil der ganze Transport der Akten und so weiter soll ja auch praktisch, von der Logistik her über die Bühne gehen.

Wie gesagt, das ist unser Gedanke. Deswegen werden wir dem Antrag jetzt nicht zustimmen, obwohl wir die Dringlichkeit einer solchen Maßnahme und Investition anerkennen.

Stadtrat Dummer: Mir gefällt das grundsätzlich auch gut vor allem auch, weil es Möglichkeiten gibt, Büroräume zu erweitern und damit auch zeitgemäße Büros zu schaffen und vor allem auch der Aspekt der barrierefreien Erreichbarkeit aller Bereiche des Rathauses, der da irgendwo mitgedacht ist. Rein der Sitzungssaal selber hat, glaube ich, jetzt nicht Priorität, aber das sind sicher attraktive Punkte, die da mitschwingen. Allerdings ist es aus meiner Sicht auch zu unausgegoren, auch was die Finanzierung anbelangt. Ich würde mir da eher vorstellen, wenn man so etwas andenkt, dass man das kauft und auf 20 oder 25 Jahre zahlt und dann ist es erledigt, nicht dass wir dann 100 Jahre Miete zahlen. Die Gemeinde wird es ja länger geben, uns gibt es schon ein paar Jahrzehnte und uns wird es wahrscheinlich noch ein paar Jahrzehnte geben. Aber es ist einfach, so wie Martin gesagt hat, der Zeitpunkt nicht optimal. Das da jetzt über das Knie zu brechen, ist doch eine relativ große Verpflichtung, die wir da eingehen würden, für ewig praktisch, weil eine Miete rennt halt ewig und ein Kauf ist irgendwann abbezahlt und dann gehört es uns.

2. Vizebürgermeister Holzer: In erster Linie würde es heute um den Antrag gehen, um die Grundsatzentscheidung, dass wir dieses Projekt von der Müllner Immo und Partner GmbH planen lassen. Ich bin davon überzeugt und ich weiß es, auch du hast mit dem Müllner Christian gesprochen, er wäre auch bereit, es zu parifizieren und der Gemeinde zu verkaufen.

Jetzt geht es darum: Es ist ein eingereichtes Projekt mit Wohnungen. Einer privaten Firma muss man Planungssicherheit geben, soll er umplanen, dann müssen wir es nehmen. Wenn wir das dann mieten oder kaufen, kann man, glaube ich, noch ausverhandeln.

Zur letzten Möglichkeit: Natürlich ist Rathausplatz 15 in Verbindung mit 16 ein Nachbarhaus, welches Probleme bereitet, da es unter Denkmalschutz steht. Angedacht ist auch, dass das Ganze vielleicht irgendwie anders verwertet wird. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass man den Rathausinnenhof überdacht und dort einen Saal schafft. Wenn man sich die Kosten und die Probleme mit dem Denkmalamt anschaut, wäre dieser Antrag sicher die einfachste Lösung. Es ist ein wunderschönes Projekt, die nächsten zwei Jahre keine Miete und die Kosten von € 250.000,--, die für den Umbau geplant sind, wären im Budget 2020 und 2021 unterzubringen. Ich glaube, so viel Kreativität ist dem neuen Finanzstadtrat sicher zuzutrauen, dass er das sehr wohl schaffen könnte, und wenn alle damit begeistert sind. Überlegt es euch trotzdem noch einmal und gehen wir diesen Schritt. Ich glaube, es ist ein Schritt für die Zukunft. Ein bisschen Mut in der Politik gehört dazu. Im Wahlkampf haben alle von Veränderung gesprochen, das wäre jetzt einmal eine Veränderung. Ich würde mich wirklich freuen, auch wenn der Antrag jetzt nicht von der Regierungspartei kommt, sondern von einer Oppositionspartei und ihn alle gut finden, dass er eine Zustimmung findet.

Gemeinderätin Weiss: Ich möchte die Präsentation von Müllner Bau loben, so wie er vorne das Haus plant mit einem Rückschritt, sodass das Rathaus vorne viel besser wirkt. Es ist wirklich toll geplant. Du hast schon recht mit Mut in der Politik, aber es sollte kein Unmut sein. Wir haben andere Dinge ganz einfach - Infrastruktur, für die Schulen brauchen wir Geld. Darum ist es wirklich, so wie Martin sagt, zur falschen Zeit.

Stadtrat Pohl: Ganz ein tolles Projekt, aber, wie gesagt, aufgrund der derzeitigen, unsicheren, finanziellen Lage werden wir dem Antrag nicht zustimmen können.

Gemeinderat Pollak: Was man auf jeden Fall bedenken sollte, Gerhard Dummer hat es schon angesprochen, die Gemeinde wird es noch länger geben und alle anderen Projekte wie Rathaus-erweiterung werden in der Zukunft wesentlich umständlicher und daher wahrscheinlich auch wesentlich teurer sein. Ich würde mir wünschen, dass wir uns das sehr gut überlegen, ob wir diesem Projekt nicht doch näher treten könnten, weil alles andere wird in Zukunft für uns oder für unsere Nachfolger ein größerer Brocken, ein größerer Heber sein.

Bürgermeisterin Völkl: Dazu möchte ich sagen. Wir haben jetzt die Gebarungseinschau vom Land gehabt. Wir haben das Projekt der Volksschule jetzt gestoppt, denn so wie es sich abzeichnet, bekommen wir das Projekt um das Geld nicht. Wir haben 2028 € 52 Mio. von der KIG, die endfällig sind, wo bis jetzt kein Euro zurückgezahlt wurde. Um das sollten wir uns vielleicht in den nächsten neun Jahren auch kümmern. Es ist ein schönes Projekt, das gebe ich auch zu, aber wir haben aber ganz große Probleme und Themen in anderen Bereichen. Unsere Kindergärten sind in verschiedenen Gruppen aufgeteilt, mit denen man bis ins letzte Winkel gegangen ist. Die Werkräume der Mittelschulen haben echten Reparaturbedarf. Es gibt wirklich ganz große Themen und ich finde es nicht als richtiges Zeichen, wenn wir uns als Gemeinderat irgendeinen schönen Sitzungssaal um teures Geld entweder anmieten oder kaufen. Wenn das Geld da ist und die Zeit reif ist, werden wir das tun. Aber zum heutigen Zeitpunkt müssen wir unsere Hausaufgaben einmal für die Kindergärten, für die Schulen machen.

Beschluss:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	ÖVP	16
	SPÖ	0
	GRÜNE	5
	FPÖ	3
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	10
	GRÜNE	0
	FPÖ	0

Bürgermeisterin Völkl bedankt sich bei den Mitgliedern des Gemeinderates und bei allen Zuhörern für ihr Interesse und schließt die öffentliche Sitzung. Im Anschluss findet die nicht öffentliche Sitzung statt.

Die Bürgermeisterin

Mag. (FH) Andrea Völkl

Für die ÖVP-Fraktion

Für die SPÖ-Fraktion

StR Dr. Christian Moser

2.Vizebgm. Othmar Holzer

Für die GRÜNEN-Fraktion

Für die FPÖ-Fraktion

StR DI Dietmar Pfeiler

StR Herbert Pohl

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder-Spreng